

Für Antifaschisten wichtig

Kommunalwahlen 2021

Antifaschismus ist mehr als eine Gegenbewegung, Antifaschismus ist ein Zukunftsentwurf. Daher bringen sich Antifaschist:innen gestaltend in die politische Entwicklung ein, und damit auch in die politischen Verhältnisse auf kommunaler Ebene. Hier werden mehr

Lebensbereiche entschieden als gemeinhin bewusst – die Förderung von Kindern und Jugendlichen, die Schulverwaltung und damit die Ausstattung des Bildungsbereiches, Bibliotheken und die Volkshochschulen als Erwachsenenbildungseinrichtung. Es geht um Daseinsvorsorge für Menschen, die gesamte Sozialbetreuung, darunter die Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten. Somit können Antifaschist:innen auch in den Kommunen darauf Einfluss nehmen, wie das Ziel einer demokratischen und sozial gerechten Gesellschaft erreichbar ist.

Antifaschist:innen treten dafür ein, dass Kommunalpolitik nicht nur für „Deutsche“, sondern für alle in einer Stadt oder Gemeinde lebenden Menschen gemacht wird. Sie treten dafür ein, dass die sozial Schwächsten die Unterstützung bekommen, die sie zu einer Teilhabe am gesellschaftlichen Leben benötigen. Das können Sozialtickets sein, kostenfreie Sprachkurse für Migrant:innen oder Jugendarbeit in sozialen Brennpunkten. Es sollten Angebote sein, die allen demokratischen Kräften einer Stadtgesellschaft Raum und notwendige Unterstützung geben, damit Politik nicht nur im Magistrat oder Stadtparlament beschlossen wird, sondern von den Menschen gelebt werden kann.

Solche Strukturen einer demokratischen Stadtgesellschaft sind durch Angriffe der extremen Rechten, der NPD, der AfD und anderer Gruppierungen bedroht. In den letzten Jahren haben diese beispielsweise politische Vorstöße zur Abschaffung der freien Jugendarbeit gemacht. Integrationsangebote für Geflüchtete und migrantische Gruppen sollten als „Spurmaßnahme“ gestrichen werden, Hilfsangebote für „Deutsche“ wurden mit rassistischen und völkisch-nationalistischen Begründungen propagiert.

Damit Neonazis und andere extreme Rechte zukünftig keinen politischen Einfluss mehr auf die Stadtpolitik und Stadtgesellschaft erhalten, müssen Antifaschist:innen bei dieser Kommunalwahl gemeinsam ungeachtet der



»Neonazis und Rechte dürfen keinen politischen Einfluss mehr auf Stadtpolitik und Stadtgesellschaft erhalten.«

Parteizugehörigkeit Kandidat:innen, die sich in diesem Sinne politisch positioniert haben, unterstützen. Wir müssen verhindern, dass sich die extreme Rechte als „Mehrheitsbeschaffer“ im Parlament profilieren kann. Dafür sind schon vor den Wahlen alle kandidierenden Parteien zu klaren Stellungnahmen gegen jegliche Zusammenarbeit mit AfD, NPD und anderen neofaschistischen Kräften aufzufordern. Das ist Aufgabe und Verpflichtung aller Antifaschist:innen im Kommunalwahlkampf 2021. Eine lohnende Aufgabe! ■

Demokratie wählen

Herausgeber

VVN-BdA
Landesvereinigung
Hessen



**Demokratie
wählen**

im Internet

- » auf Facebook, Instagram und Twitter
- » <https://demokratie-waehlen.de>

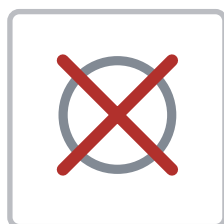


»Bei der Kommunalwahl
in Hessen lässt sich da
schon einiges machen.«

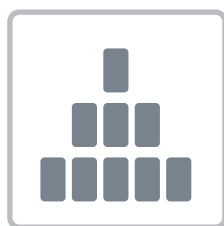
Norbert Birkwald
Sprecher
der Frankfurter
VVN-BdA



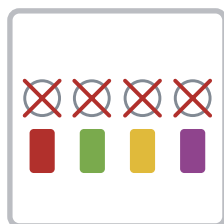
Wer die Wahl hat ... Vom Kumulieren und Panaschieren



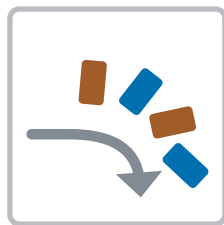
Wählen



Kumulieren



Panaschieren



Gegen Rechts

Wenn ich mich im Spektrum der Parteien umschaue, ist sofort klar, wer meine Stimmen nicht bekommt: AfD, NPD, Republikaner oder irgendwelche Wählervereinigungen, die sich als bürgerlich tarnen, wie in Frankfurt die BFF („Bürger für Frankfurt“).

Aber dann beginnen die Schwierigkeiten. Wenn ich mir das Spektrum der Parteien anschaue, die noch im Rennen sind, neige ich doch eher nach links. Da beginnen schon die „aber“. Da gibt es Leute, die auf der einen Liste stehen, die habe ich in unangenehmer Erinnerung. Die andere Liste scheidet aus, weil die Partei in Berlin unter „Sicherheit“ Aufrüstung und atomare Beteiligung versteht. Das Listenkreuz dort würde sie ja bestärken, dass sie so weiter machen können. Aber da steht auf der Liste eine Frau, die sehe ich auf dem Ostermarsch, am 1. Mai und bei unseren Buchlesungen am 10. Mai auf dem Römerberg zum mahnenden Gedenken an die faschistischen Bücherverbrennungen. Die würde ich gerne wählen.

Bei der Kommunalwahl in Hessen lässt sich da schon einiges machen. Denn wir können panaschieren und kumulieren. Ich muss also nicht mit einem Kreuz eine Partei wählen. Ich kann die erwähnte Frau, die mir angenehm aufgefallen ist, mit bis zu drei Stimmen bedenken, ohne damit ihre Partei gewählt zu haben. Und der Kandidat, den ich in unangenehmer Erinnerung habe, den streiche ich auf jener Liste, deren Wahlprogramm mir zusagt. Dann habe ich immer noch die Möglichkeit, Leuten auf dieser Liste mehr als eine Stimme zu geben, weil mir die Reihenfolge auf der Liste nicht passt.

Nehmt es mir nicht übel: Wäre ich in Frankfurt wahlberechtigt, würde ich bei Jutta auch ein Kreuzchen machen. ■



Antifabündnis Langen,
Demo gegen Querdenker, November 2020

»Gegen die verantwortungslosen Forderungen der „Querdenker“.«

Bleibt aktiv gegen rechts

Das Antifabündnis Langen

Das Antifaschistische Aktionsbündnis Langen ist seit gut 40 Jahren gegen Nazis und rechtes Gedankengut aktiv. In den 80er Jahren begannen die Aktiven im Bündnis mit der Aufarbeitung der NS-Geschichte der Stadt. Sie erfuhren damals viel Widerstand des „offiziellen Langen“, aber auch wachsende Zustimmung in der Bevölkerung.

1990 haben wir Kühnen und die FAP in Langen bekämpft. Die Rechnung der Nazis ging nicht auf, Langen zur ersten „ausländerfreien Stadt“ zu machen. Unser jetziger Schwerpunkt ist, allen Langener:innen, vor allem Jugendlichen, die Geschichte in der NS-Zeit von 1933 bis 1945 nahe zu bringen. Wir führen zweimal jährlich Interessierte zu den Häusern und Stätten der jüdischen, politischen und anderer NS-Opfer, aber auch der Täter, und haben mit unserer Stolpersteine-Initiative 87 Steine zur Erinnerung an die Opfer verlegt.

Unsere neu gestaltete Website findet man unter stolpersteine-langen.de. Wir hoffen, dass die erarbeiteten Biografien und die Quellen Grundlage für weitere Forschung sein werden.

Gegen die verantwortungslosen Forderungen der „Querdenker“ – in Langen angeführt durch ein ehemaliges AfD-Mitglied – organisierten wir eine Gegenkundgebung mit Schildern, um gegen Verschwörungsmythen und Hetze Gesicht zu zeigen.

Wir begrüßen alle Aktivitäten, rechte Parteien und Organisationen zu schwächen und setzen uns dafür ein, demokratische Kräfte zu wählen und zu unterstützen. ■

Rainer Elsinger, Rosi Steffens, Herbert Walter

»Ich wähle demokratisch, weil ...

ich nicht freiwillig auf Werte wie Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität verzichten möchte! ■

Saskia, Mitglied Bunte Liste FRA UAS

2

Demokratie wählen kostet Geld ...

... deshalb bitten wir um Unterstützung. Jeder Betrag ist willkommen, damit Zeitung und Online-Auftritt finanziert werden können:

VVN-BdA Landesvereinigung Hessen

Postbank, IBAN: DE86 5001 0060 0049 3306 02

Bitte den Verwendungszweck „Spende Demokratie wählen“ angeben.



DGB-Jugend
Hessen-Thüringen



Antifaschistisch:

Die Gewerkschaftsjugend

Die DGB-Jugend tritt für die Verbesserung der Lebens-, Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen junger Menschen und für Demokratie in Gesellschaft und Arbeitswelt ein. Wir kämpfen für das Recht auf körperliche Selbstbestimmung, für die Rechte von LGBTIQ+ und Geflüchteten sowie gegen Rassismus.

Die AfD und andere rechte Parteien stehen dagegen für Entmündigung, Ausgrenzung und Armut. Das zeigen sie, wenn sie sich für die Privatisierung der Rente oder die Rente nur für Deutsche einsetzen. Wenn sie gegen die Ehe für Alle, das Recht auf Abtreibung oder die Aufnahme von Geflüchteten hetzen. Und aktuell zeigen sie das, wenn sie gegen jede Solidarität mit Gesundheitsberufen und Risikogruppen die Proteste gegen den Pandemieschutz unterstützen.

Dem stellen wir uns entgegen. Die Gewerkschaftsjugend ist antifaschistisch, aus Solidarität und Selbstschutz, für uns und die Welt, für die wir kämpfen. ■

»AfD
und rechte
Parteien
stehen für
Entmündi-
gung,
Ausgren-
zung
und
Armut.«

»Corona-
Leugner:innen:



ANPI Francoforte /
ANPI Frankfurt

Scegli la Democrazia e l'Antifascismo!

Gli italiani residenti potranno partecipare all'elezione del prossimo consiglio comunale di Francoforte. Oggi più che mai, il loro voto avrà un importante significato politico. Ed è a loro che ci rivolgiamo in particolare con questo appello, unendo la nostra alle altre voci di un largo schieramento democratico e antifascista.

In questo periodo di pandemia, che non solo sta mettendo in pericolo la salute dei cittadini, ma che anche inasprisce le disuguaglianze sociali, assistiamo con preoccupazione al montare delle proteste dei cosiddetti Querdenker contro i provvedimenti delle autorità centrali e locali, volti a contenere la diffusione del Coronavirus e a salvaguardare la salute pubblica.

A questi si affiancano gruppi di violenti in cerca dello scontro con le forze dell'ordine, principalmente gruppi di estrema destra, che assumono la guida politica delle proteste. È sconcertante sentire parole d'ordine tipo »attentato alla democrazia« e »sospensione della Costituzione« da gruppi politici che inneggiano, apertamente o cripticamente, al passato nazista e fascista. Riteniamo importante che il prossimo voto amministrativo sia un rifiuto di quelle liste che non prendono nettamente le distanze dall'estremismo di destra, e sia invece rivolto alle liste che a livello cittadino, nazionale ed europeo difendono la democrazia nata dalla resistenza e dalla sconfitta del nazifascismo. ■

Die AfD Frankfurt hat mitgeschossen

Mit Antrag 928 der AfD-Fraktion im Frankfurter Römer wollte die AfD Shisha-Bars in Wohnbereichen verbieten lassen. Sie hatte ihn vorher dreimal in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht. Er wurde immer wieder vertagt, bis er dann am 27.02.2020, zwei Wochen nach dem Anschlag von Hanau, abgelehnt wurde. Vorher wurde er im Haupt- und Finanzausschuss und im Ausschuss für Recht mehrmals besprochen.

Über den Antrag heizte die AfD ein halbes Jahr lang das Klima gegen Shisha-Bars und deren Besucher an. Nach dem Attentat erklärte der Fraktionsvorsitzende der AfD im Interview mit der FAZ, dass »Belästigungen« durch Shisha-Bars »auch zu so einer solchen Tat beitragen«. ■ Dieter Bahndorf

Oft flankiert
von gewalttätigen
Menschen
und
rechtsextremen
Gruppen.«

Wir mussten
die Demokratie
hart erkämpfen –
bewahrt sie!

In dieser Zeit der Pandemie, die nicht nur die Gesundheit der Bürger:innen gefährdet, sondern auch bestehende soziale Ungleichheiten verschärft, beobachten wir mit Sorge die zunehmenden Proteste der »Querdenker« gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie und zum Schutz der öffentlichen Gesundheit.

Flankiert werden die Corona-Leugner:innen oft von gewalttätigen Menschen, die die Konfrontation mit der Polizei suchen, und rechtsextremen Gruppen, die die Bewegung zunehmend unterwandern. Es beunruhigt uns, Slogans wie »Angriff auf die Demokratie« und »Aufhebung der Verfassung« von politischen Gruppen zu hören, die mehr oder weniger offen die nationalsozialistische und faschistische Vergangenheit loben.

Es ist sehr wichtig, bei den nächsten Kommunalwahlen jene Listen abzulehnen, die sich nicht ausdrücklich vom Rechtsextremismus distanzieren. Es ist sehr wichtig, Listen zu wählen, die auf städtischer, nationaler und europäischer Ebene die Demokratie verteidigen, die aus dem Widerstand gegen den Nazifaschismus und dessen Niederlage entstanden ist. ■



Dieter
Bahndorf

Sprecher der
VVN-BdA Hessen

27. Februar 2020,
Stadtverordnetenversammlung in Frankfurt

Debatte zum Terror- anschlag in Hanau

Die Abgeordnete Annette Rinn (FDP) wollte „jedwede Form des Extremismus“ bekämpfen, nannte den Täter psychisch gestört und meinte gleichzeitig, es sei unanständig, die Tat mit dem Hinweis auf psychische Störung zu bagatelisieren.

*»ÖkoLinX-ARL
kritisierte
Gleichsetzung
von Links
und Rechts.«*

Der Fraktionsvorsitzende der CDU, Dr. Nils Köbler, verurteilte die Tat als die eines „rassistischen Geisteskranken“. Eine Einbindung des Täters in eine Organisation sei nicht bekannt. Anschließend zählte er die Attacke beim Karnevalsumzug von Volkmarsen, den Vorfall vom 29. Juli 2019 im Frankfurter Hauptbahnhof und das Schulattentat in Erfurt im April 2002 auf. Als eine Ursache nannte er den „Aufbau von Feindbildern“. Der rechte Rand tue das regelmäßig mit Migranten. Mit mehreren Zitaten von Höcke belegte er, dass es keinerlei Zusammenarbeit mit der AfD geben dürfe und ergänzte dann, dass „konsequenterweise“ die CDU auch die Zusammenarbeit mit der Partei DIE LINKE ablehne. Sein antifaschistisches Bekenntnis, dass die CDU nach dem Zweiten Weltkrieg als Sammlungsbewegung von Christen und Nichtchristen, von KZ-Überlebenden und Gewerkschaftern gegründet worden sei, relativierte er gleich darauf wieder mit der Erklärung, dass die CDU Erfahrungen aus der „Katastrophe aus kommunistischer oder faschistischer Gewaltherrschaft“ habe und dass ein „wahrhaft demokratischer“ Staat nur „frei von Ideologien“ entstehen könne.

Die ÖkoLinX-ARL kritisierte die Gleichsetzung von Links und Rechts und unterstützte die Antifa als die Einzigen, die wirklich etwas gegen Faschisten und Nazis unternehmen würden.

Der BFF-(Bürger für Frankfurt) Redner Patrick Schenk meinte, dass ihn Äußerungen des AfD-Fraktionsvorsitzenden vor den Kopf gestoßen hätten, aber die AfD gehöre zu den demokratischen Parteien. Regierungsbildungen könnten mit der AfD zustande kommen. Die AfD für Hanau verantwortlich zu machen, sei gefährlich und falsch. Mit diesem Statement bereitete er seinen Absprung von der BFF zur AfD mit gleichzeitiger Abservierung des AfD-Fraktionsvorsitzenden vor.

Der AfD-Redner Markus Fuchs, stellvertretender Landessprecher, zitierte den BKA-Präsidenten, der von einer schweren psychotischen Krankheit des Schützen, der alleine gewesen sei, gesprochen hatte. ■

*»Viele Entscheidungen,
die unser Leben betreffen,
fallen in den
Kommunen.«*



Marita Weber

1. Bevollmächtigte
IG Metall Offenbach

Entscheiden, wie wir zusammenleben wollen

Am 14. März 2021 finden in Hessen Kommunalwahlen statt. Die örtlichen Parlamente werden neu gewählt. Ich möchte alle dazu auffordern, das mühsam erkämpfte Wahlrecht auszuüben und wählen zu gehen.

Arbeit ist das Thema der Gewerkschaften. Da kommt schnell die Frage auf, was wir denn mit Kommunalpolitik zu tun haben. Wir beantworten das so: Im Interesse unserer Kolleg:innen darf sich gewerkschaftliche Arbeit nicht auf den Betrieb beschränken, sondern muss sich auch die Frage stellen, wie wir (zusammen) leben wollen.

Für die Lebensbedingungen der Arbeitnehmer:innen und ihrer Familien ist es auch wichtig, bezahlbaren Wohnraum zu finden und gut ausgestattete Kitas und Schulen in der Nähe zu haben. Wir haben ein Interesse daran, dass die Infrastruktur in der Region stimmt. Der Investitionsstau bei Schiene, Schiffsverkehr, Energie, Digitalnetzen und der öffentlichen Infrastruktur allgemein ist offensichtlich. Das muss sich ändern!

Politik findet nicht nur in Berlin und Wiesbaden, sondern auch vor Ort, in jeder Stadt und in jeder Gemeinde statt. Viele Entscheidungen, die unser Leben betreffen, fallen in den Kommunen. Angefangen bei Sport- und Freizeitstätten über kulturelle Einrichtungen bis hin zur Auswahl des Energieversorgers.

Deshalb gilt es, sich einzumischen. Die niedrigste Schwelle der Einmischung ist, das verbriefte Wahlrecht zu nutzen. Wer nicht wählen geht, wird trotzdem regiert. Es gilt, nicht nur zu meckern, sondern mit seiner Stimme etwas zu ändern.

Es ist wichtig, sich genau zu informieren und hinzusehen, für was die Kandidat:innen stehen. Demokratie und Menschenwürde sind nicht verhandelbar. Der Kampf gegen Rassismus, Faschismus, Diskriminierung und Ausgrenzung ist wichtiger denn je. Gerade die vor uns liegende Zeit wird von Tendenzen der gesellschaftlichen Spaltungen und Ausgrenzungen, die von Corona nicht verursacht, aber verstärkt werden, geprägt sein. All denjenigen, die meinen, mit Rassismus und Ausgrenzung die Zukunft gestalten zu wollen, sagen wir: Nein. Das können und müssen wir auch mit dem Stimmzettel tun. ■

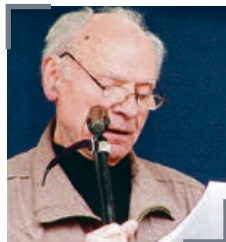
»Ich wähle demokratisch, weil ...

ich auch noch in Zukunft die Wahl haben
und in einer vielfältigen, wertschätzenden, offenen
und solidarischen Gesellschaft leben möchte. ■

Claire,
Mitglied Bunte Liste FRA UAS



„Vielfalt & Solidarität – Wir leben eine Idee.“
Die NaturFreunde feierten 2020 ihren 125. Geburtstag. Gegründet wurden sie 1895 in Wien als Teil der sozialistischen Arbeiterbewegung. Von Anfang an bezogen die NaturFreunde Position für die arbeitende Bevölkerung, gegen Ausgrenzung und Unterdrückung. Als Organisation wurden die NaturFreunde in der Zeit des Faschismus verboten. Viele Mitglieder leisteten Widerstand und wurden in den KZs der Nazis gequält, gefoltert und ermordet. Die NaturFreundehäuser wurden enteignet und von den Nationalsozialisten für ihre Zwecke besetzt. Politische Positionen zu beziehen, sich einzumischen für eine solidarische, sozial gerechte



Peter Gingold

Rede auf der Ostermarsch-Kundgebung 2005, Frankfurt am Main

➤ Peter Gingold:

„1933 wäre verhindert worden, wenn alle Gegner der Nazis ihren Streit untereinander zurückgestellt und gemeinsam gehandelt hätten. Dass dieses gemeinsame Handeln nicht zustande kam, dafür gab es für die Hitlergegner in der Generation meiner Eltern nur eine einzige Entschuldigung: Sie hatten keine Erfahrung, was Faschismus bedeutet, wenn er einmal an der Macht ist. Aber heute haben wir alle diese Erfahrung, heute muss jeder wissen, was Faschismus bedeutet. Für alle zukünftigen Generationen gibt es keine Entschuldigung mehr, wenn sie den Faschismus nicht verhindern!“

➤ Büchertipp

Peter Gingold

Paris – Boulevard St. Martin No. 11

 Hrsg. von Ulrich Schneider,
PapyRossa Verlag

 Seitenzahl: 187 Seiten, zahlr. Abbildungen
Erscheinungsjahr: 2018 2019,
ISBN 978-3-89438-407-4

➤ Beitrag ihrer Tochter Silvia Gingold
siehe S. 9

Gegen Rassismus, Antisemitismus, rechte Hetze und Gewalt

Welt, gegen alte und neue Nazis und die Diskriminierung und Ausgrenzung von Menschen gehört zum Selbstverständnis der NaturFreunde.

In den Statuten der NaturFreunde sind die Förderung einer internationalen Gesinnung, die Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und der Völkerverständigungsgedanke ausdrücklich festgeschrieben. Die NaturFreunde sind Mitbegründer des Bündnisses „Aufstehen gegen Rassismus“ und in vielen überregionalen und lokalen Bündnissen und Initiativen in diesem Sinne aktiv.

NaturFreundehäuser sind Erholungs-, Begegnungsräume und Orte der Bildung. In unseren Häusern ist kein Platz für Rassismus, deshalb vermieten wir nicht an Menschen und Gruppierungen mit fremdenfeindlichen und rassistischen Einstellungen. Im Rahmen unserer Bildungsarbeit und unserer Freizeitaktivitäten haben wir

uns selbst verpflichtet, durch Informationen und Veranstaltungen über die Gefahren von Rechtspopulismus und Rassismus aufzuklären und zu informieren. Die Positionen der AfD und vergleichbarer rassistischer Organisationen sind unvereinbar mit den Grundsätzen und der Satzung der NaturFreunde.

Wir treten dafür ein, dass bei der Vergabe von Straßennamen Persönlichkeiten berücksichtigt werden, die sich aktiv gegen Rassismus und Ausgrenzung engagiert haben. In Frankfurt-Niederrad unterstützen die NaturFreunde die Idee, einen kleinen namenlosen Platz nach den beiden Antifaschist:innen Ettie und Peter Gingold zu benennen. In vielen weiteren Erinnerungsiniciativen, z. B. bei der Verlegung von Stolpersteinen, sind NaturFreund:innen engagiert und beteiligt.

Gefährlich ist aktuell das Zusammenspiel von „Querdenken“, AfD und Nazis im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie. „Wir sind das Volk“ rufend versuchen sie, unsere parlamentarische Demokratie auszuhebeln. 1933 hat die Aushebelung der Demokratie dazu geführt, den Faschismus zu etablieren.

Deshalb: Keine AfD oder andere rechtspopulistische und faschistische Partei ins Parlament. Unser Kreuz hat keine Haken! ■

Biographie

Ettie und Peter Gingold

Ettie Gingold (11.02.1913 bis 03.06.2001) und Peter Gingold (08.03.1916 bis 29.10.2006) lernten sich in der Emigration in Frankreich kennen, wohin sie vor der antisemitischen Verfolgung flohen. Sie schlossen sich dem französischen Widerstand, der Résistance an. Nach der Befreiung von Krieg und Faschismus engagierten sich beide politisch für Frieden, Völkerverständigung und gegen Rassismus. Etties Engagement bei der Unterschriftensammlung für den „Krefelder Appell“ in den 80er Jahren ist legendär. Beide waren bis zu ihrem Lebensende aktiv als Zeitzeugen unterwegs. ■

➤ Ettie Gingold:

„Während der Nazizeit haben wir niemals den Friedenskampf aufgegeben. Im Krieg haben wir gegen den Krieg gekämpft. Wir haben dafür alles in Kauf genommen, Gefängnis, Zuchthaus, KZ, Folter, ja, das Todesurteil ... Wir, die noch in Freiheit lebenden Widerstandskämpfer wussten nicht, ob wir morgen in den Händen der SS sein werden. Da haben wir uns geschworen: Sollten wir überleben, wir werden alles tun, damit nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg, nie wieder ein Weltbrand von deutschem Boden ausgeht!... Diesem Schwur sind wir treu geblieben.“

Ettie Gingold 1983, Friedensdemonstration im Bonner Hofgarten, zitiert von Silvia Gingold

Reinhard Hinzpeter

 Regisseur,
Freies
Schauspiel-Ensemble
Frankfurt


Ein gutes Leben für alle

Wir brauchen eine Stadtpolitik, die entschieden dafür sorgt, dass in unserer Gesellschaft Rassismus, Chauvinismus und Fremdenfeindlichkeit keinen Raum mehr haben, dass Menschen aller Glaubensrichtungen und unterschiedlichster Herkunft und Kulturen in dieser Stadt ihre Heimat finden, und dass in den Schulen selbstbewusste junge Bürger:innen heranwachsen, die auf ihren demokratischen Rechten bestehen, Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit einfordern und ein gutes Leben für alle aktiv mitgestalten wollen. ■



DGB Hessen-Thüringen

»Scheinbar Moderate
unterscheiden
sich oft nur
in der Wortwahl
von „Flügel“-
Aktivist:innen.«

Die AfD Hessen: Ein gemäßigter Landesverband?

Immer wieder wird der hessische Landesverband (LV) der AfD medial als vergleichsweise gemäßigt beschrieben. Hierfür dürften zwei Gründe maßgeblich sein: Die tatsächlich relativ moderaten medialen Auftritte und Landtagsreden des Landessprecher-Duos Klaus Herrmann und Robert Lambrou und die kaum wahrnehmbaren Aktivitäten des hessischen Teils des völkischen „Flügels“, der sich im März 2020 nahezu geräuschlos auflöste.

Doch den Fokus nur auf den „Flügel“ zu richten, greift zu kurz. Denn über den „Flügel“ hinaus nahmen immer wieder Personen führende Positionen innerhalb des LV ein, die zuvor in rassistischen Parteien wie „Die Freiheit“ oder „Die Republikaner“ aktiv waren, oder denen ideologische und organisatorische Bezüge zu PEGIDA-Ablegern, der „Reichsbürger“-Bewegung, völkischen Burschenschaften und zur „Identitären Bewegung“ nachgewiesen werden konnten.

Bei der Frage, welchen Einfluss der „Flügel“ innerhalb des LV hat, sollte zudem der Blick auf die Verankerung der „Flügel“-Akteur:innen in der Partei gerichtet werden. Sie nehmen nämlich auch führende Positionen im LV ein.

Einige Beispiele: Die ehemalige PEGIDA-Aktivistin und heutige Europaabgeordnete der AfD, Christine Anderson, ist die Obfrau des hessischen „Flügels“. Jüngst wurde sie zur stellvertretenden Vorsitzenden des Kreisverbands Fulda gewählt.

Andreas Lichert, dessen Nähe zur „Identitären Bewegung“ und dessen über zehn Jahre währender Vorsitz im Verein des „Instituts für Staats-

politik“ hinlänglich bekannt sind, ist Mitglied im Landesvorstand und der Landtagsfraktion. Heiko Scholz, bildungspolitischer Sprecher der Landtagsfraktion, wurde im Oktober 2019 zum stellvertretenden Vorsitzenden des LV gewählt. Mit Mary Khan und Patrick Pana traten im Sommer 2019 zwei Landesvorstandsmitglieder der „JA“ prominent im Rahmen des letzten „Flügel“-Treffens in Erscheinung.

Innerhalb der Landtagsfraktion finden sich mehrere Abgeordnete, die eine mehr als deutliche „Flügel“-Nähe aufweisen oder 2015 das Gründungsmanifest des „Flügels“ unterzeichneten. Zudem sind einige Kreisverbände als „Flügel“-nah bekannt.

Dass in Hessen zuletzt Machtkämpfe zwischen den Strömungen ausblieben, dürfte insbesondere am hiesigen Sprecher-Duo liegen, welches sich immer wieder schützend vor „Flügel“-Akteur:innen stellte. Lambrou betonte noch im Juli 2019, dass der „Flügel“ zur Partei gehöre. Wer dem scheinbar moderaten Lambrou, Herrmann und anderen führenden Personen bei parteiinternen Reden oder Social-Media-Auftritten jedoch genauer zuhört, stellt fest, wie nahe diese den „Flügel“-Aktivist:innen rhetorisch und in Bezug auf die ideologischen Kernpositionen der extremen Rechten, einem völkisch-rassistischen und autoritären Nationalismus, stehen. Sie unterscheiden sich eigentlich nur in ihrer Wortwahl. ■

Sascha Schmidt,
Politikwissenschaftler und Gewerkschaftssekretär
beim DGB Hessen-Thüringen



Kick La Luna (female world music),
Frankfurt am Main

Musik bereichert

In unserer fast 30-jährigen Bandgeschichte durften wir erfahren, wie Musik Menschen verbindet und wie die Vielfalt der Kulturen die Musik bereichert. Wir sind dankbar für wunderbare Begegnungen mit Musiker:innen und Zuhörer:innen aus vielen Teilen der Welt.

Deshalb ist es uns ein besonderes Anliegen, für Vielfalt und Akzeptanz einzutreten.

Seit der Gründung von Kick La Luna setzen wir uns in unseren Texten für die Rechte von Frauen ein und positionieren und engagieren uns gegen Diskriminierung und Rassismus. Denn Musik schafft Solidarität und kann sowohl uns als auch anderen Menschen die Kraft geben, entschlossen für Weltoffenheit und Menschenrechte einzutreten und Mut machen, den Mund aufzumachen.

Aus unserem Song „Bridges“: „We’ve got so many different faces on our earth/to built up together a vision of one world/Lasst uns Friedensbrücken bauen [dt. Teil im Original auf arabisch]“. ■

www.kicklaluna.com

»Musik
schafft
Solidarität
und Kraft,
entschlossen
für Welt-
offenheit
und Men-
schenrechte
einzutreten.«

»Ich wähle demokratisch, weil ...

sich das Volk der BRD eine Verfassung gegeben hat. Diese gibt uns das Wahlrecht, das Recht zu demonstrieren und auch auf öffentlichen Diskurs. Nicht jedoch, diese mit Füßen zu treten.« ■

Axel,
Mitglied Bunte Liste FRA UAS



Dritte Welt Haus e.V.,
Frankfurt am Main

»Auch bei uns
werden Migrant:innen ermordet,
ist der Umgang mit Geflüchteten
oft zutiefst inhuman
und die Situation
in Abschiebegefäng-
nissen schlimm.«

**Rassismus und Knastsituation
in den USA:**

Was hat das mit uns zu tun?

Das Dritte Welt Haus Frankfurt organisiert seit vielen Jahren zusammen mit anderen Gruppen monatliche Mahnwachen vor dem US-Konsulat in Frankfurt für politische Gefangene in den USA. Im Zentrum stehen Ana Belén, Leonard Peltier und Mumia Abu-Jamal. Langzeitgefangene, die seit mehreren Jahrzehnten - Leonard Peltier bereits seit 44 Jahren - inhaftiert sind. Alle drei sind von lebensbedrohlichen Krankheiten betroffen.

Aktuell bedroht Covid-19 das Leben von Menschen in Gefängnissen weltweit. In den USA nehmen die Zahlen von Neuinfektionen und Toten sprunghaft zu. Deshalb hat die Forderung nach sofortiger Freilassung der besonders gefährdeten Langzeitgefangenen oberste Priorität. Der gesamte Umgang des Polizei- und Justizapparats mit Mumia Abu-Jamal war und ist zutiefst von Rassismus geprägt. Unsere Solidarität mit den Gefangenen geht einher mit Kritik am rassistischen Charakter des Gefängnis-industriellen Komplexes in den USA.

Die Redebeiträge auf den Solidaritätsdemonstrationen in hessischen Städten nach den Morden an George Floyd und anderen Afro-Amerikaner:innen in den USA haben Ähnlichkeiten

zwischen solchen Vorfällen in den USA und dem oftmals rassistischen Alltag bei uns aufgezeigt: Auch bei uns werden Migrant:innen ermordet, ist der Umgang mit Geflüchteten oft zutiefst inhuman und die Situation in Abschiebegefängnissen schlimm.

Hierin sowie in der Nichtaufarbeitung des strukturellen Rassismus zeigt sich, dass die Gefahr der faschistischen Restauration wächst.

Nach Gesprächen mit Abgeordneten des Frankfurter Stadtparlaments beschloss selbiges am 28.01.2010, dass Frankfurt sich gegen die damals drohende Todesstrafe für Mumia Abu-Jamal aussprach. Philadelphia, Partnerstadt von Frankfurt am Main, war 1982 Ort der Verhaftung von Mumia und seiner Gerichtsverhandlungen, und im Oktober 2020 auch Ort der Todeschüsse auf den Afro-Amerikaner Walter Wallace. Wir sehen es als eine Aufgabe der Kommunalpolitik in Frankfurt am Main, sich mit den politisch Verantwortlichen in Philadelphia über Fragen des friedlichen Zusammenlebens aller Menschen, Rassismus in der Stadtgesellschaft und den Umgang mit Gefangenen auszutauschen. Auch in Frankfurt gibt es Alltagsrassismus und Beispiele von Polizeiübergriffen.

»Kein BOCK auf Nazis!«

Kein Bock auf Nazis (KBAN) ist eine bunte und undogmatische Initiative. Wir unterstützen, vernetzen und informieren nun schon seit 2006 Jugendliche und junge Erwachsene zum Thema extreme Rechte, Rassismus und Neonaziszene. Unser ehrenamtliches Projekt wurde von der Berliner Band ZSK und dem Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum e.V. (apabiz) gegründet.

Wir arbeiten spendenfinanziert, unterstützt werden wir dabei von vielen Bands, Künstler:innen und Kulturschaffenden wie *Die Toten Hosen*, *Bela B.*, *Die Ärzte*, *Casper*, *Wir Sind Helden*, *Broilers*, *Madsen*, *Donots*, *Fettes Brot*, *Markus Kavka*, *Beatsteaks*, *Deichkind*, *Sportfreunde Stiller*, *Anti-Flag*, *Jennifer Rostock*, *Betontod*

und vielen mehr. Mit Hilfe von Spenden haben wir in den letzten Jahren schon Hunderttausende kostenlose DVDs, Gratis-Musiksampler und mehr als eine Million Schüler:innenzeitungen bundesweit verteilt. Konstant versorgen wir Initiativen, Gruppen und Einzelpersonen, die sich gegen rechts engagieren mit Infomaterial, Plakaten und Aufklebern.

Bei unserer Arbeit sind wir dringend auf Spenden angewiesen. Wir freuen uns über jede Unterstützung und neue Mitstreiter:innen.

Kein Bock auf Nazis lebt auch von Eigeninitiative, werde also selbst aktiv in deiner Stadt!

Unsere Idee: Wir wollen Mut machen und Jugendliche aktivieren. Wir fördern eine nicht-rechte Jugendkultur, informieren, zeigen Präsenz und sind direkt ansprechbar. ■

Jeder Kandidat der bevorstehenden Kommunalwahl sollte sich klar antirassistisch positionieren und jegliche Kumpanei oder Zusammenarbeit mit rechten Politikern und Parteien ausschließen. ■

➤ **Der seit 1981 bestehende Verein Dritte Welt Haus e.V. (DWH) ist ein Zusammenschluss von Initiativen und Personen, die ihre Arbeit selbstständig gestalten, aber gemeinsame Ziele haben: soziale Gerechtigkeit, Menschenrechte, Bewahrung der Lebensgrundlagen, Internationalismus, Kampf gegen Rassismus, Militarismus und Sexismus.**

Wir laden ein zu Aktivitäten wie

- Internationaler mehrstimmiger Chor
- Einmal im Jahr Festival **Cuba im Film**
- Entwicklungspolitische Filmabende mit Gästen
- Aktionen zum Thema Menschenrechte
- Kaffeekampagne El Salvador

Weitere Infos: www.drittwelthaus.de

➤ **Das Gedenken am Mahnmahl an die faschistischen Pogrome vor der Festhalle, organisiert von der Frankfurter VN-BdA, fand 2020 Corona-bedingt in Form von Rede- und Musikbeiträgen virtuell statt. Auch diesmal waren vom Dritte Welt Haus Chormitglieder und die Leiterin Frau Ute Christmann beteiligt. In dem Filmbeitrag von **Kritische Stimmen** war es für die Sänger:innen wichtig, sich auf die rassistischen Übergriffe bei uns heute zu beziehen und der Opfer der Verbrechen in Hanau zu gedenken. Der gesamte Film über dieses Gedenken ist online abrufbar:**

<https://www.youtube.com/watch?v=E0ni6zkrms>





»Die AfD verhält sich im Plenum
„bewusst provokativ
und aggressiv.«

Provokation statt konstruktiver Arbeit

Aus „AfD in Parlamenten“
von Prof. Hafener und Autor:innen



Benno Hafener, Hannah Jestädt,
Lisa-Marie Klose, Philine Lewek

AfD in Parlamenten
Themen, Strategien, Akteure

Wochenschau Verlag, 2018, 176 Seiten

Ein Team um den emeritierten Marburger Professor Benno Hafener untersucht in dem Buch „AfD in den Parlamenten – Themen, Strategien, Akteure“ den Auftritt der AfD auch in den hessischen Kommunalparlamenten in den Jahren 2016 – 2018.

Parlamentsangehörige aus den anderen Parteien in Hessen charakterisieren in dem Buch AfD-Abgeordnete so, dass diese sich nach einer „anfänglichen Suchphase“ mit einer gewissen Zurückhaltung dann zunehmend radikalisiert hätten. In den Ausschüssen zeige sich die Partei „schweigend“, „eher zurückhaltend“, während sie sich im Plenum, wo sie mehr in der Öffentlichkeit steht, „bewusst provokativ“, „emotionalisierend“ und „aggressiv“ verhalte. In der Öffentlichkeit versuche sie sich als „Kümme-

rer des kleinen Mannes“ zu präsentieren. Auf kommunaler Ebene könne man zwischen „faulen“ und „fleißigen“ Fraktionen unterscheiden. Anträge konnten zu Beginn der Legislaturperioden von AfD-Abgeordneten nicht mündlich begründet werden. Die Fraktionsvorsitzenden spielen häufig eine zentrale Rolle. Das mündet dann bei den anderen Fraktionsmitgliedern in der Aussage: Ich kann dazu nichts sagen, der Fraktionsvorsitzende ist nicht da.

In Frankfurt am Main habe die AfD bei insgesamt 49 gestellten Etatanträgen 13 Anträge eingebracht, die verschiedenen Frauenprojekten sämtliche Mittel streichen wollten. Das Frauenreferat der Stadt sollte aufgelöst, Zuschüsse für Kulturhäuser sollten gestrichen, bei den städtischen Bühnen sollte 15 Prozent des Etats eingespart werden.

In Anträgen in den Kommunalparlamenten sprach die AfD sich gegen eine angebliche „Frühsexualisierung“ der Kinder aus, obwohl Lehrpläne in Hessen Sache der Landesregierung sind, die Kommunen damit gar nichts zu tun haben. ■

Omas gegen Rechts

Gegen (Haken-) Kreuz- und Querdenker

Michael Ballweg, Gründer der Querdenken-Bewegung, ist bestens im politisch ultrarechten Milieu vernetzt – und war dies bereits geraume Zeit vor der Gründung dieser Bewegung. Er bedient nicht nur Verschwörungserzählungen von QAnon, sondern zitiert wiederholt Forderungen der in Teilen verbotenen und vom Verfassungsschutz beobachteten Reichsbürger-Gruppierung. Corona und die damit verbundenen Einschränkungen waren keineswegs Anlass zur Gründung der Querdenker, sondern lediglich Feigenblatt und willkommenes Mittel zum Zweck, um rechtsextremem Politik in breiteren Bevölkerungsschichten Vorschub zu leisten.

Es gibt eine beachtliche Riege rechtsextremer Galionsfiguren,

die die Bewegung Querdenken unterstützen, flankierend zu Protesten aufrufen und mit oder ohne Reichskriegsflagge mitmarschieren. Dazu gehören so prominente Köpfe wie das AfD-Mitglied Björn Höcke, dessen faschistischer Flügel vom Verfassungsschutz beobachtet wird und den wir laut Gerichtsbeschluss einen Nazi nennen dürfen.

Nikolai Nerling, auch genannt ‚der Volkslehrer‘, sorgt wiederum für die Mobilisierung von Hooligans aus der Naziszene. Wegen Volksverhetzung angeklagt und aus dem Schuldienst entlassen, ist er bestens bekannt mit Stephan Bergmann, seinerseits Pressesprecher von ‚Querdenken‘ und Herausgeber rassistischer, fremdenfeindlicher Texte.

Wer als Konsequenz aus „Querdenker“-Aussagen die AfD wählt, macht sich gemein mit Nazis. ■



Bündnis Courage gegen rechts
in Diez, Limburg und überall

Rechtsextremismus sehen wir auch in Teilen der CDU

Wir begrüßen und unterstützen die Herausgabe dieser Zeitung. Das Bündnis Courage gegen rechts Diez/Limburg ist seit Jahren aktiv gegen rechte Umtriebe in der Region und hat insbesondere fast jeden Auftritt der AfD mit Protesten, Demonstrationen oder anderen aufklärerischen Aktionen begleitet. Selbst wenn diese proto-faschistische Organisation mangels Räumlichkeiten auf entlegene Dörfer oder Ortsteile ausweichen musste, haben wir die örtliche Bevölkerung informiert. Vielfach hat deren Unterstützung dazu beigetragen, dass die AfD beim nächsten Mal erneut großräumig ausweichen wird.

»Wir
treten
gegen
menschen-
feindliche
Politik
und
Politiker
auf.«

Wir übersehen aber auch nicht die AfD-Nähe örtlicher CDU-Protagonisten, darunter MdB Klaus-Peter Willsch, der immer wieder rechtsextremes Gedankengut propagiert. Das passt zu seiner engen Verbandelung mit der Rüstungslobby und auch zu anderen Einlassungen, für die er berüchtigt ist. So nannte er Umweltschützer, die sich von Autobahnbrücken abseilen, wörtlich „Verbrecher“, nachdem es im entstandenen Stau zu einem Auffahrunfall gekommen war. Eine ähnliche Wortwahl zu Todesopfern durch SUV-Fahrzeuge hört man von ihm nicht. Bei der AfD, mit der er immer wieder zusammenarbeiten will, rennt er damit offene Türen ein. ■

Harff-Dieter Salm

Bündnis Courage gegen rechts Diez/Limburg



Aziz Kuyateh & Baye Fara Sall

Aziz Kuyateh spielt zum Gedenken an George Floyd in der Open-Word-Halle in Rodgau zwei Lieder auf der traditionellen Kora aus Gambia.

»Rassisten sind Hütchenspieler: Wo „Fliegenschiss“ draufsteht, ist der Zweite Weltkrieg drin.«

Rechtsextreme Gewalt in Hanau

Eine Rodgauer Antwort

➤ Die Nachrichten über die schrecklichen Morde in Hanau platzten mitten in unsere Vorbereitung des Rock-Konzertes **Digging' Gabriel**. Veranstalter und Band überraschten sich gegenseitig mit Spendenaktionen. 500 Euro wurden schließlich an den Verband „Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt – VBRG“ für die Opferfamilien überwiesen. Ein Zeichen von Trauer und Mitgefühl, aber noch keine richtige Antwort auf die rechtsextreme Gewalt.

Kann man jetzt überhaupt noch feiern und mit Lebensfreude, Offenheit und Toleranz unseren kosmopolitischen Lebensstil weiter ausleben und vielleicht sogar noch über die universelle Idee der Gleichheit aller Menschen diskutieren?

Die Antwort ist klar: Wer zuckt, verliert - und lässt sich die Gestaltung der Zukunft aus der Hand nehmen.

Rechte Gewalt und Rassismus lähmt unsere Teilnahme am öffentlichen Leben, an Kneipenbesuchen, Festen und kulturellen Veranstaltungen.

Es wird uns ein „Kampf der Kulturen“ vorgegaukelt, den es nicht gibt. Die Musikszene erfährt fortlaufend eine dynamische zeitgemäße Entwicklung, weil verschiedene Stile aufeinandertreffen und kreative Musiker neue Formen finden. Es ist die kulturelle Vielfalt, die uns letztlich Musik präsentiert, mit der wir uns alle wohlfühlen – zumal wir ja auch die Freiheit haben, uns unter den vielen Strömungen die schönste auszusuchen.

In den Alpen wurde früher das Alphorn geblasen und in Australien das Digeridoo. In den Stuben wurden früher Zithern gezupft, aber heute werden in den Proberäumen ganz andere Saiten aufgezogen. Nicht weil Zither, Digeridoo und

Alphorn „wertlos“ geworden sind, sondern weil ihre Kompositionen mit jenen von tausenden anderen Instrumenten die Quellen unserer heutigen vielfältigen Musik sind.

Es gibt keinen „Kampf der Kulturen“. Die Leute stimmen mit den Füßen ab und gehen dorthin, wo sie sich wohlfühlen.

Eine „deutsche Leitkultur“ zu fordern, klingt zunächst wie ein harmloser unpassender Griff in die Mottenkiste. Aber im Kern wird hier die Hinterlist der Hütchenspieler deutlich: Nach außen wird behauptet, dass die kulturellen Werte anderer Ethnien nicht zu den Werten einer „deutschen Leitkultur“ passen, aber unter den Hütchen steckt purer Rassismus mit dem Vorwurf, andere Kulturen seien rückständig. ■

Dieter Stein,
Vorstand der Initiative „Open World e.V.“,
Rodgau

Die Lehren aus unserer Geschichte:

Sie dürfen nicht in Vergessenheit geraten.

»Das Gedächtnis der Menschheit für erduldetes Leiden ist erstaunlich kurz.«

Silvia Gingold



Meine Eltern, die im Widerstand gegen Hitler kämpften, Gefängnis und Folter durchlitten, Angehörige in Auschwitz verloren, hatten sich nicht vorstellen können, dass in Deutschland, nach all dem was passiert war, heute wieder ein Klima des Rassenhasses geschürt, Hetze gegen Jüd:innen, Geflüchtete und Migrant:innen, Menschen anderer Religionen, Andersaussehende und Andersdenkende verbreitet werden könnte. Sie hätten es nicht für möglich gehalten, dass Politiker heute ungestraft das Holocaust-Mahnmal als „Denkmal der Schande“ bezeichnen, die Verbrechen der Nazis bagatellisieren können.

„Das Gedächtnis der Menschheit für erduldetes Leiden ist erstaunlich kurz“ – wie sich dieser Ausspruch von Bertolt Brecht bewahrheitet!

Wir dürfen nicht hinnehmen, dass unsere ausländischen Nachbarn diskriminiert, kriminalisiert oder gar abgeschoben werden, dass Menschen im Meer ertrinken, weil ihnen ein Leben in Würde und Sicherheit verweigert wird, dass Neonazis demokratiefeindliche und rassistische Hetze verbreiten, die in Gewalt gegen Menschen anderer Ethnien oder Religionen enden kann, wie die Terroranschläge in Hanau und Halle zeigen.

Deshalb werde ich alles daran setzen, die demokratischen Kräfte in unserem Land zu stärken, die sich gegen Militarisierung und Kriege, gegen Rassismus, Antisemitismus und für soziale Gerechtigkeit einsetzen. ■

➤ Biografie ihrer Eltern Ettie und Peter Gingold siehe S. 5

»Für engagierte Christen

*sind die Achtung der Menschenrechte
und ein menschlicher Umgang
mit allen selbstverständlich.«*



KAB Diözesanverband Limburg

KAB gegen Rechtspopulismus
in den hessischen Kommunalparlamenten

„Sinnfragen nur ohne Rechtsextremisten lösbar.“

Wiederholt hatten sich der christliche Sozialverband **Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB)** und der **Diözesanverband Limburg e.V.** in den vergangenen Jahren und Monaten gegen das Erstarken fremdenfeindlicher, intoleranter und rechtsextremer Kräfte öffentlich eingesetzt, die sich nach Überzeugung der KAB insbesondere in der AfD zu einer immer aggressiveren, zu Tätlichkeiten entschlossenen und rechtsextremen politischen Formation zusammengeschlossen haben.

„Für uns als engagierte Christen sind die Achtung der Menschenrechte und ein menschlicher Umgang mit allen, unabhängig von Geschlecht, Abstammung, Sprache, Heimat und Herkunft, Glaubensorientierung, religiöser und politischer Anschauungen, sexueller Orientierung und wirtschaftlicher Situation selbstverständlich“, sagt Thomas Diekmann, Diözesanvorsitzender der KAB Limburg, klipp und klar. „Wir stehen zu unserer demokratischen Verfassung. Darüber hinaus setzen wir uns gegen menschenverachtende Haltungen und Handlungen und jede Form

von Diskriminierung ein“, fasst Diekmann zusammen.

„Kandidatinnen und Kandidaten zu den Kommunalwahlen, die diese Wertgrundlage durch ihre Haltung oder ihr öffentliches Auftreten in Frage stellen, schließen wir von der Zusammenarbeit mit unserem Verband aus“, so Diekmann weiter. Bei allen öffentlichen Veranstaltungen der KAB erhielten Mitglieder oder Vertreter:innen der AfD und anderer rechtsextremer Parteien keine Möglichkeit zur Mitwirkung oder Beteiligung. ■



Naturfreunde Egelsbach-Erzhausen

*»Eine Gesellschaft
ohne Diversität
ist eine
arme Gesellschaft.«*

Gegen Ausgrenzung

„Laut Satzung fördern wir eine Gesellschaft, in der niemand wegen seiner Hautfarbe, Abstammung, politischen Überzeugung, seines Geschlechts oder Glaubens benachteiligt oder bevorzugt wird und in der alle Menschen gleichberechtigt sind. Auf dieser Basis übt der Verein sein Hausrecht aus. Wer gegen die genannten Grundsätze erkennbar verstößt, kann des Hauses verwiesen werden.“

So steht es in den Richtlinien zur Anmietung des Egelsbacher Naturfreundehauses, und bereits am Eingangstor weist ein Schild auf diese Grundsätze hin.

Als bei der Landtagswahl 2018 die AfD einen Infostand in der Gemeinde plante, bildete sich spontan das Aktionsbündnis **#egelsbachistmehr**. Es wurde initiiert von örtlichen demokratischen Parteien, Kirchen, Privatpersonen und vielen Vereinen, in Summe 18 Organisationen, zu der auch die örtlichen Naturfreunde zählen. So gab es spontan ein Fest auf dem Kirchplatz, zu dem hunderte Bürger:innen kamen. Der Infostand der AfD wurde damit verhindert. Diese Aktionen wurden zu einem Statement für eine offene und pluralistische Gesellschaft, das bis heute gilt und trägt.

Einige Grundsätze des Bündnisses lauten:

» Wir grenzen niemanden wegen seiner Herkunft aus, ob er aus Egelsbach, Hessen, Deutschland, Europa oder anderen Teilen unserer Welt kommt.

» Wir behandeln alle Menschen respektvoll, egal ob jemand weiblich oder männlich ist oder sich diesen Geschlechtern nicht zugehörig fühlt.

» Wir sind alle gemeinsam Egelsbacher. Eine Gesellschaft ohne Diversität ist eine arme Gesellschaft. Wir freuen uns, dass Egelsbach so vielfältig ist.

Damit das so bleibt, ruft das Bündnis dazu auf, bei der Kommunalwahl am 14. März 2021 nur demokratische Parteien zu wählen, die zu diesen Grundsätzen stehen.

Wir werden im Bündnis und in unserem Haus auch in Zukunft eine klar antifaschistische und antirassistische Politik vertreten. Das sind wir den Opfern der Vergangenheit und der Gegenwart schuldig. ■



Offenbacher Friedensinitiative OFI

Kommunalpolitik und der Kampf für Frieden und Abrüstung

Angesichts der bedrohlichen Rüstungsspirale, des Klimawandels und der großen Herausforderungen des Kampfes gegen Pandemien, Armut etc. wird deutlich, dass sich die deutsche Regierung und deutschen Politiker:innen konsequent für Abrüstung und Friedenspolitik einsetzen müssen. Was können Offenbacher Kommunalpolitiker:innen konkret tun?

Über Rüstungsexporte wird im Bundessicherheitsrat entschieden. Kriegseinsätzen muss der Bundestag zustimmen. Dennoch können kommunale Vertreter:innen Einfluss nehmen.

Im Jahr 2017 erhielt eine bis dahin weitgehend unbekannt Organisation den Friedensnobelpreis: **ICAN** (Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen) hatte erreicht, dass sich 122 Länder in der UN zur atomaren Abrüstung bekannten und ein Atomwaffenverbot forderten. Zur Durchsetzung dieser Forderung waren die Unterschriften von 50 Staaten nötig. Im Oktober 2020 unterzeichnete Honduras als 50. Staat dieses Abkommen, so dass es am 22. Januar 2021 in Kraft treten kann. Deutschland hat nicht unterzeichnet, aber die Entwicklung zeigt, dass Bevölkerungen Druck auf ihre Regierungen ausüben können. Was mit einer Vision ato-

»Für ein Umsteuern
der Politik

hin zu Frieden und Abrüstung

ist Druck aus der Bevölkerung

notwendig.«

marer Abrüstung begann, ist zu einer weltweiten Bewegung geworden.

Im November 2019 brachte der Offenbacher OB, Felix Schwenke, erfolgreich den Antrag zur Unterstützung des ICAN-Städteappells in die Stadtverordnetenversammlung ein. Damit bekannten sich unsere Stadtverordneten mehrheitlich zu der UN-Forderung nach Ächtung aller Atomwaffen. Ausdrücklich erwähnt der Antrag die Verpflichtung, auf die Bundesregierung einzuwirken, den Verbotsantrag zu unterstützen und den Friedenswillen der Bevölkerung zu achten.

Ein Jahr vorher hatte sich OB Schwenke der Kampagne des Bürgermeisters von Hiroshima, **Mayors for Peace** (Bürgermeister für den Frieden), angeschlossen, die ebenfalls das Verbot von Atomwaffen zum Ziel hat. Dieser Initiative sind mittlerweile gut 8.000 Städte in über 160 Ländern beigetreten. In Deutschland sind es ca. 600 Städte. 1991 wurde **Mayors for Peace** vom Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen als Nichtregierungsorganisation registriert.

Damit stehen wir erst am Anfang einer Friedenspolitik, die gegen die mächtige Rüstungsindustrie aufsteht. Umfragen bestätigen immer

wieder den Friedenswillen des Großteils der Gesellschaft. Um ein Umsteuern der Politik zu erzwingen, ist Druck aus der Bevölkerung notwendig.

Wir müssen uns auf die Maxime **Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg** rückbesinnen.

Wir fordern von Kommunalpolitiker:innen, dass

- ▶ sie entschlossen gegen jede Form von Rassismus und Diskriminierung vorgehen und gegen Verstöße dagegen einschreiten
- ▶ sie die zivilgesellschaftlichen Gruppen unterstützen, die den Kampf gegen Rassismus zu ihrer Kernaufgabe gemacht haben (z.B. **VVN-BdA** oder das **Bündnis Bunt statt Braun**)
- ▶ sie zivilgesellschaftliche Kräfte (wie **OFI**, **Fridays for Future**, u. a.) in ihrem Engagement tatkräftig unterstützen, die Themen wie die Bewahrung des Friedens und den Stopp des Klimawandels im Denken und Handeln der Bevölkerung verankern wollen.

Wir brauchen auf allen Ebenen eine auf Frieden, Völkerverständigung und Bewahrung der Lebensgrundlagen ausgerichtete Politik. ■



GEW Offenbach Stadt und Land

Wenn die Wut sehr groß wird, werden die attraktiv, die Hass ausstrahlen. Neoliberale Politik hat die soziale Ungleichheit massiv verstärkt. Wer verliert, wird empfänglich für menschenverachtende Propaganda.

Hier spiegelt sich die Kälte, mit der das neoliberale Wirtschaftssystem den Verlierern unserer Gesellschaft begegnet. Wer rechts wählt, läuft

Keine Stimme
für die Rechten –
aber wie?

in die Falle. Statt Kritik an den sozialen Verhältnissen wird nationalistische Identität angeboten. Wir können nur dagegenhalten mit einer Politik, die sich den sozialen Verwerfungen konsequent entgegensetzt.

Neoliberale Parteien sind keine Alternative. „Demokratisch wählen“ darf Parteien, die Amazon steuerfrei lassen, nicht einschließen. Wir müssen ein Ende der Ausbeutung in den Blick nehmen. ■

»„Demokratisch wählen“
darf Parteien,
die Amazon
steuerfrei lassen,
nicht ein-
schließen.«

»Der Kampf gegen
die reaktionäre Rechte

KunstGesellschaft

KunstGesellschaft, Frankfurt a. M.

**Wider
die „Leitkultur“**

Demokratie ist ohne Kultur und Kunst nicht denkbar, aber auch Kunst und Kultur bedürfen der Demokratie. Dem haben wir uns in der **KunstGesellschaft** verschrieben. Deshalb verstehen wir Kultur und Kunst nicht als Bildungsgut für die Wissenden, sondern als Lebensmittel für alle. Deshalb lehnen wir auch den Begriff einer „Leitkultur“ ab, der Maßstäbe setzen will, um ab- und auszugrenzen. Nicht umsonst wird er dem Begriff des Multikulturellen entgegengesetzt, denn den Rechten gefällt das nicht, sie wollen hin zu einer ethnischen Vorstellung von „Volk“ und zu einer identitären Vorstellung von „deutscher Kultur“.

In Matineen, die wir seit 2006 zusammen mit dem Verein *Business Crime Control* veranstalten, haben wir uns mit den Themen der Neuen Rechten und ihren Strategien, mit Rassismus und Antisemitismus und was man dagegen unternehmen kann, auseinandergesetzt. Bei unserer Beschäftigung mit bildender Kunst und anderen kulturellen Erzeugnissen setzen wir auf demokratische Aneignungsformen und Selbstermächtigung von Laien gegenüber dem Expertentum. Unsere Methode des Bildergesprächs ist gut geeignet, Bildungsbarrieren zu überwinden und unterschiedliche Ansichten der Teilnehmenden in einen Dialog miteinander zu bringen. Damit dient diese Methode auch der interkulturellen Verständigung und kann dabei helfen, verhärtete Voreinstellungen und Vorurteile abzubauen.

Der Kampf gegen die reaktionäre Rechte ist immer auch ein Kampf um die kulturelle Hegemonie. Er findet auf allen Ebenen statt – im Großen wie im Kleinen. Auch kleine Vereine wie die **KunstGesellschaft** können dabei einen Beitrag leisten. ■

www.kunstgesellschaft.de

*ist immer auch
ein Kampf um
die kulturelle
Hegemonie.«*

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und die in ihm vereinigten Gewerkschaften treten für eine Demokratisierung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft ein. Sie setzen sich für gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen ein und bekämpfen alle Formen von Diskriminierung aus Gründen des Geschlechts, rassistischer Zuschreibungen, der Herkunft, Religion, Weltanschauung, Behinderung, des Alters oder der sexuellen Orientierung. Diese in der Satzung des DGB formulierten Ziele sind handlungsleitend für den DGB.

Die AfD lehnt diese Grundwerte ab. Die AfD steht für einen völkisch-autoritären Nationalismus, für Rassismus, Antisemitismus und Antifeminismus. Schon daher ist die AfD, auch wenn sie aktuell im Bundestag, in allen 16 Landesparlamenten und in vielen Kommunalparlamenten vertreten ist, kein Gesprächspartner für den DGB. Denn im Gegensatz zur AfD, die mit ihrer völkischen Rhetorik darauf abzielt, die Gesellschaft sowie die Belegschaften zu spalten, tragen der DGB und die Gewerkschaften dazu bei, die Arbeits- und Lebensbedingungen aller Menschen zu verbessern, um die Gesellschaft gerechter und solidarischer zu gestalten.

Zudem erweist sich die AfD, auch wenn sie sich als Vertreterin der Interessen der Beschäftigten zu gerieren versucht, mit Blick auf ihre wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen und in der Frage der Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen keineswegs als politische Alternative für Gewerkschaften und Arbeitnehmer:innen.

Auf Basis der Parteiprogramme sowie zahlreicher Studien zum Verhalten der AfD in Parlamenten muss resümiert werden, dass die AfD als Gesamtpartei einen neoliberalen Kurs, verbunden mit völkisch-nationalistischen Vorstellungen, verfolgt. Wenngleich es ihr bisher nicht gelungen ist, nennenswerte „Arbeitnehmeror-



Michael Rudolph (re), Sandro Witt (li)
DGB-Bezirksvorstand Hessen-Thüringen

**AfD: Keine Alternative
für Gewerkschaften
und Arbeitnehmer:innen**

*»Im Gegensatz
zur AfD
tragen die
Gewerkschaften
dazu bei,
die Arbeits-
und Lebens-
bedingungen
aller Menschen
zu verbessern,
um die Gesell-
schaft gerechter
und solidarischer
zu gestalten.«*

ganisationen“ oder Betriebsratslisten zu platzieren, alarmieren uns die hohen Zustimmungswerte durch Arbeitnehmer:innen für die AfD.

Unsere Aufgabe – auch vor den Kommunalwahlen 2021 in Hessen – muss es sein, den Kolleg:innen zu vermitteln, dass die AfD im Widerspruch zu ihren Interessen und den gewerkschaftlichen Grundwerten steht.

Wir stellen die Interessen der Arbeitenden und Erwerbslosen in den Mittelpunkt von Wahlkämpfen. Die AfD hat keine Lösungen zu bieten und steht im Widerspruch zu unseren Grundwerten. Das transparent zu machen, ist unsere Aufgabe. ■



Hammering Man
auf dem Hülya-Platz
in Frankfurt-Bockenheim

»Der Stadtteil

Bockenheim hat schon 1998

ein Zeichen gesetzt:

Mit dem Hülya-Platz widmete er
erstmalig einen öffentlichen Ort
einem Opfer rechtsextremer Gewalt.«

Stadtteilinitiative Bockenheim, Frankfurt

➤ *Endlich! Nach den furchtbaren rassistischen Morden in Hanau ist einem Entwurf des kürzlich gegründeten Berliner Kabinettsausschusses zufolge mehr Prävention, mehr Aufklärung, mehr Strafverfolgung im Bereich Rechtsextremismus geplant (vgl. FR 26.11.2020, „Paket gegen Rassismus“, S. 5).*

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich unsere Gesellschaft an ausländerfeindliche Gewalt gewöhnt. Rassistisch, antiislamisch und antisemitisch motivierte Gewalt gegen Andersaussehende, Andersglaubende, Anderslebende, Andersdenkende, gegen Migrant:innen und Geflüchtete bleibt ein deutschlandweites Problem. Das Erstarken der rechtsextremen Partei AfD bedroht die Demokratie.

Frankfurt - Bockenheim

Stadtteil soll rassistischnurfrei werden

Nach den Anschlägen Anfang der 1990er Jahren in Rostock, Hoyerswerda, Mölln und Solingen hat der Stadtteil Bockenheim ein Zeichen gesetzt, schon 1998, als er mit dem Hülya-Platz zum ersten Mal einen öffentlichen Ort einem Opfer rechtsextremer Gewalt widmete. Am 29. Mai 1993 wurde die Familie Genç Opfer eines Brandanschlages, verübt von vier jungen Deutschen. Zwei Frauen und drei Mädchen, darunter die 9-jährige Hülya, starben.

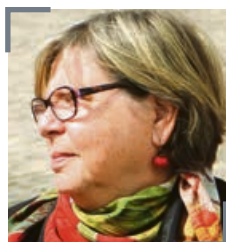
Am 14. Mai 1995 errichtete die Stadtteilgruppe auf diesem Platz am Rande der Friesengasse die Figur des Kleinen Hammering Man, der ein zerschlagenes Hakenkreuz in der Hand hält. Die Statue ist ein Symbol für alle Menschen, die sich gegen faschistische und rassistische Tendenzen, gegen Fremdenhass und Diskriminierung von Minderheiten zur Wehr setzen. Nach mehrfacher Entfernung dieses Symbols konnte 2013 der erneuerte Hammering Man seinen endgültigen Standort einnehmen. Neben ihm steht eine Stele mit der Aufschrift:

Dieser Platz erinnert an die neunjährige Türkin Hülya Genç, die mit ihrer Familie in Solingen lebte. In der Nacht des 29. Mai 1993 wurde sie zusammen mit vier weiteren Familienangehörigen durch einen heimtückischen Brandanschlag auf ihr Haus getötet. Der Tod von Hülya warnt vor Fremdenhass und seinen furchtbaren Folgen.

Im Anschluss an eine Gedenkveranstaltung zu der schrecklichen Tat in Hanau am 29. Februar 2020 beschlossen Bürger:innen und politische Vertreter:innen unter aktiver Beteiligung des Stadtteilbüros Bockenheim, eine Initiative ins Leben zu rufen, die sich mit dem Problem des Rassismus auseinandersetzt, entschieden gegen Vorurteile, Diskriminierung und rassistisches Denken und Handeln vorgeht und positive Zeichen setzt für ein friedliches Zusammenleben in Kooperation mit Schulen, Initiativen und Vereinen. Ortsbeirat und Integrationsdezernat wollen den Stadtteil Bockenheim im Jahr 2021 als rassistischnurfrei deklarieren. ■

Doris Fisch

Tochter
von Hans Schwert



Welche „Alternative“ hat die AfD bis jetzt angeboten?

Wüstes Geschrei und Geschimpfe im Bundestag, in den Landtagen und auf ihren eigenen Parteitagen. Vernetzung mit Neofaschisten jeglicher Couleur, Vergiftung des politischen Klimas, Vermüllung der Social Media, Verleugnung der Gefahren durch Corona, hassverzerrte Gesichter auf überflüssigen Demonstrationen, keine Antworten auf einfachste Fragen Alternative? Weder theoretisch noch praktisch! Gauland verstieg sich zu der Behauptung, zwölf Jahre Faschismus seien ein „Vogelschiss in der Geschichte“ gewesen.

Der Faschismus hat dutzenden Millionen Menschen das Leben gekostet, und meinem Vater zehn Jahre seiner Lebenszeit, weil er als Hitler-Gegner in faschistischen Zuchthäusern saß. Wem die Werte Anstand, Achtung und Menschenwürde etwas bedeuten, kann diese Partei nicht wählen!

Gauland hat seine „Vogelschiss“-Unverschämtheit später relativiert, weil die Empörung in der Öffentlichkeit so groß war – also, Leute, empört Euch! Und zwar so heftig, bis diese Partei wie-

der dort ist, wohin sie gehört: Auf den Müllhaufen der Geschichte. ■

➤ Biografie von Hans Schwert, Vater von Doris Fisch, siehe S. 25

»Mehr als 700 Fairtrade-Städte arbeiten daran, die Idee Fairen Handels in Rathaus, örtlichem Einzelhandel, in Kirchen, Schulen, Vereinen zu verankern.«



Weltladen-Aktion zum Lieferkettengesetz in Langen.

Schriftzug im Schaufenster des Langener Weltladens:

„Weltladen – Fachgeschäft für Fairen Handel“

Beim Fairen Handel geht es um das Wohlergehen aller an einer Handelskette beteiligten Menschen, nicht um den Profit einiger weniger. Dabei haben die Weltläden besonders die Menschen im globalen Süden im Blick, die sich mangels Alternativen auf dem heimischen Arbeitsmarkt gezwungen sehen, unter menschenunwürdigen Bedingungen und viel zu schlechter

Bezahlung Produkte für den Konsum in den reichen Ländern herzustellen. Wegen fehlender Sicherheitsmaßnahmen kommt es immer wieder zu schlimmen Unfällen wie dem im April 2013, als ein Fabrikgebäude in Bangladesch einstürzte und weit über tausend Näher:innen unter den Trümmern begrub. Auch ausbeuterische Kinderarbeit ist in vielen Ländern noch an der Tages-

ordnung, z.B. auf Kakaoplantagen in Côte d'Ivoire oder Ghana, in kongolesischen Coltan-Minen oder in Steinbrüchen Indiens.

In einem demokratischen Staat wie dem unsrigen, in dem gewählte Volksvertreter dem Wohle aller Bürger verpflichtet sind, erwarten wir zu Recht, dass diese unsere Werte, darunter die Achtung der Menschenrechte, auch nach außen vertreten. Menschenrechte sind universal, sie enden nicht an Landesgrenzen!

Daher fordern die Weltläden zusammen mit gut einhundert Nichtregierungsorganisationen und einer Reihe verantwortungsbewusster Wirtschaftsunternehmen von der Bundesregierung ein Lieferkettengesetz. Dieses soll deutsche Firmen dazu verpflichten, für die Einhaltung der Menschenrechte entlang der Lieferkette Sorge zu tragen und bei Verstößen haftbar gemacht zu werden.

Mehr als siebenhundert Kommunen und Landkreise in Deutschland tragen den Titel „Fairtrade-Stadt“ bzw. „Fairtrade-Kreis“. Sie alle arbeiten daran, die Idee des Fairen Handels im Rathaus, im örtlichen Einzelhandel, in den Kirchen, Schulen und Vereinen zu verankern, in der Gewissheit, dass eine weltoffene, solidarische Haltung langfristig für uns alle – im Norden wie im Süden – das Beste ist und uns einem friedlichen Zusammenleben näher bringt. Deshalb: Fragen Sie Kandidat:innen, ob diese die Bewegung „Fairtrade-Stadt“ unterstützen. ■



Paritätischer Wohlfahrtsverband
Hessen

»Die auf Ungleichwertigkeit von Menschen abzielende Ausrichtung der Partei widerspricht unseren Grundsätzen.«

Vielfalt ohne Alternative

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Hessen steht für eine offene, vielfältige und tolerante Gesellschaft. Wir bekennen uns zur Gleichwertigkeit aller Menschen und fühlen uns verpflichtet, allen Ideologien der Ungleichwertigkeit entschieden entgegenzutreten.

Es ist für uns als überparteiliche Organisation nicht alltäglich, dass wir uns gegen die Zusammenarbeit mit einer politischen Partei aussprechen. Doch sehen wir uns dazu veranlasst, wenn sie rechtspopulistisch, rassistisch und in Teilen offen rechtsextrem auftritt

– wie die AfD. Es sind keine sachlichen Differenzen, beispielsweise zu steuer- oder sozialpolitischen Fragen, die eine Zusammenarbeit für uns erschweren. Es ist die auf Ungleichwertigkeit von Menschen abzielende, rassistische, sozialdarwinistische, antidemokratische und homophobe Ausrichtung der Partei, die unseren Grundsätzen widerspricht.

Die AfD stellt sich klar rassistisch in Ton und Inhalt gegen eine vermeintliche „Völkerdurchmischung“ durch die Aufnahme von Geflüchteten, will individuelle Grundrechte einschränken oder abschaffen, lehnt die Gleichstellung von Mann und Frau ab, spricht sich ausdrücklich gegen den Inklusionsgedanken aus und will rassis-

tisch konnotierte Begriffe wie „völkisch“ wieder positiv besetzen, um nur einige Belege für ihre Unvereinbarkeit mit dem Werteprogramm des Paritätischen Hessen anzuführen.

Daher wollen wir uns als Verband klar, eindeutig und geschlossen gegenüber allen rechtsextremen Parteien verhalten. Auch im Kommunalwahlkampf und in den kommunalen Gremien. Der Paritätische Hessen empfiehlt seinen haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter:innen sowie allen Vertreter:innen seiner Mitgliedsorganisationen, wo immer es geht, rechtsextremen Parteien klar und offen zu widersprechen, ihnen keine Diskussionsplattform zu geben, rechtsextreme Parteien, inklusive der AfD, nicht zu eigenen Veranstaltungen einzuladen und an ihren Veranstaltungen nicht teilzunehmen. Vielfalt ist für uns ohne Alternative. ■

»*Demokratie*
lebt von Beteiligung.«

Jörg Köhlinger,

Leiter des IG Metall
Bezirks Mitte



Demokratisch bilden, demokratisch engagieren, demokratisch wählen!

Bevor am 14. März die nächste Kommunalwahl in Hessen stattfindet, wollen wir alles dafür tun, dass die Rechtsextremisten vor Ort keine Chance erhalten, ihr vergiftetes Gedankengut zu verbreiten und einen Keil zwischen gesellschaftliche Gruppen zu treiben. Das erfordert allerdings das Engagement aller demokratischen Kräfte, aller Wähler:innen. Durch Zaungäste wird sich das politische Klima im Land nicht verbessern.

Rund 13 Prozent hat die AfD bei der letzten Landtagswahl in Hessen erzielt. Der Kreis der Rechtsextremisten ist laut Verfassungsschutzbericht gewachsen und zählt heute etwa 2.200 Personen, mehr als 800 von ihnen gelten als gewaltorientiert. Die Auswirkungen in Hessen sind schrecklich: Ein NSU-Mord, ein zu Tode geprügelter Mann, der aus Ruanda stammte,

Drohbriefe von NSU 2.0 oder der Mord an Walter Lübcke. Immer wieder weisen rechtsextreme Spuren nach Hessen.

Die heutige Rechte kommt immer seltener mit Springerstiefeln, kahlrasierten Köpfen und gröhlend daher. Die heutige Rechte besetzt gesellschaftlich relevante Themen im Land und in den Gemeinden. Mal geht es um den Kindergarten in der Nachbarschaft, mal um Parkplätze in der Stadt oder um ein Heim für Geflüchtete. Und dabei wird immer wieder – sehr subtil – die Ausgrenzung von Gruppen betrieben. Dann wird gefragt, ob mit dem Heim nicht die Kriminalität steige oder weiterhin im Kindergarten genügend Plätze zur Verfügung stehen würden und frühkindliche Erziehung unter den geflüchteten Kindern nicht leide. Probleme werden dabei meist

nur populistisch hervorgeholt, konstruktive Lösungen für ein konfliktfreies Leben in der Gemeinde werden in der Regel nicht genannt und schon gar nicht im Dialog mit allen Beteiligten erarbeitet.

Unsere Demokratie muss erlernt und immer wieder verteidigt werden. So wie die Mitbestimmung in den Betrieben von Menschen abhängt, die sich engagieren, ist es auch in unserer Gemeinde, in unserem Bundesland und in der gesamten Republik. Unsere Demokratie lebt von Beteiligung.

Eine Voraussetzung dafür ist die politische Bildung in den Institutionen. Von der Kindertagesstätte über die Schule bis hin zur Hochschule und Betrieb muss der politischen Bildung mehr Raum gegeben werden. Sie ist die Grundlage für eine demokratisch verfasste Gesellschaft. Dabei ist der notwendige Rückblick auf die deutsche Geschichte wichtig. Andererseits muss es aber vor allem darum gehen, Menschen zu befähigen, Standpunkte entwickeln und hinterfragen zu können, konfliktfähig zu sein und kontroverse Debatten zu führen.

Nur so lassen sich autoritäre Strukturen erkennen und aufbrechen. Nur so kann den Gegnern der Demokratie, den Predigern von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus begegnet werden. ■

Enis Gülegen

Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen - agah



In Hessen leben Tausende von Menschen, die bei der Kommunalwahl nicht wählen dürfen. Diese Nicht-Wahlberechtigten leben zum Teil seit Jahrzehnten hier, arbeiten, entrichten Steuern, engagieren sich ehrenamtlich und sind Adressaten politischer Entscheidungen. Ihnen mangelt es an einer ganz besonderen demokratischen Eintrittskarte: Wer weder deutscher noch Staatsangehöriger eines EU-Landes ist, bleibt in Sachen demokratischer Teilhabe außen vor!

Noch schlimmer ist, dass am Wahltag rechtsextreme Parteien auf den Stimmzetteln stehen werden. Wer diese Parteien wählt, macht sie stark. Auch Nichtwähler tragen Verantwortung: Wer den demokratischen Parteien seine Stimme verweigert, schmälert ihre parlamentarische

14. März 2021: Demokratie wählen und erhalten

Basis und stärkt damit indirekt den rechten Rand. Ortsbeiräte, Gemeindeparlamente, Stadtverordnetenversammlungen und Kreistage sind immer auch Bühnen, auf denen man über kommunalpolitische Inhalte hinaus politische Weltanschauungen vertreten kann. Vertreter:innen rechtsextremer Parteien nutzen diese Bühne mal offensichtlich und unverblümt, mal subtil für ihre Zwecke. Wer sich von vermeintlich „aufrechter Kommunalpolitik“ solcher Leute blenden lässt, ist ihnen schon auf den Leim gegangen und fördert rechtes Gedankengut.

Haltet diese Parteien aus allen Parlamenten fern!

Am 14. März 2021 liegt es an den Wähler:innen, ob von der hessischen Kommunalwahl das Signal ausgeht, rechtsextremen Parteien ein Stück ihres Fundaments genommen zu haben. Eine Wiederholung ihres Wahlerfolges von 2016 darf es nicht geben. Eine Wiederholung

von Altstadt-Waldsiedlung auch nicht. Letzteres war eine demokratische Bankrotterklärung, die zeigt, wie den Rechtsextremen der Weg ebnet wird, wenn bei den „etablierten“ Parteien alle Sicherungen durchbrennen. An sie die Mahnung: Macht keine gemeinsame Sache mit menschenverachtenden, rassistischen Parteien.

Wem an einem friedvollen, von gegenseitigem Respekt getragenen Zusammenleben in den Kommunen gelegen ist, muss wachsam sein, auf wen er sich einlässt. Rechte Rattenfänger zielen auf die Spaltung der Gesellschaft und die Kriminalisierung und Stigmatisierung von Teilen der Einwohner:innen. Hiervon sind insbesondere Menschen anderer Herkunft, anderer Hautfarbe, anderer religiöser oder geschlechtlicher Identität betroffen. ■



Omas gegen Rechts Deutschland

Halle, Hanau, Kassel

Halle, Hanau, Kassel

die Orte der jüngsten Attentate.

Kein Ende in Sicht, keine Hoffnung. Nur die bange Frage:

Wann, wo und wen es als nächstes trifft.

Ein verwirrter Einzeltäter, nicht schon wieder.

So lenkt man den Blick auf die Psychiatrie,
doch der Ursprung sitzt bei den Feinden der Demokratie.

Eine Partei, gutbürgerlich genannt, propagiert sehr gewandt,
sie habe alle Probleme schon erkannt.

Sie wirbt mit einfachen Sprüchen,
um im Trüben nach Anhängern zu fischen.

Sie verharmlost Gräueltaten unserer Vorfahren.

Nein, wir müssen kein Gewissen mehr haben.

Sie verherrlicht die Reinheit der „arischen Rasse“.

Schürt Angst vor anderen Völkern und Neid in der unteren Kaste.

So mancher Einzelgänger fühlt sich bald zum Heldentum berufen.

Er macht sich auf, einen Tatort zu suchen.

Auch Stolz kann gefährlich sein, nicht für den Stolzen,
nur für den Ungewollten.

Der Ruf nach starken Führern ist nicht mehr weit.

Schon bald ist das Ziel der Rechten erreicht,
die Bürger rufen nach einer starken Obrigkeit.

Erst tragen wir viele Opfer zu Grabe,
dann hängen wir die Demokratie an den Nagel.

So haben sie freie Hand, die Bürger mit viel Land und Tand.

Sie mehren ihren Wohlstand, mit des Volkes arbeitender Hand.

Wir Wähler haben die Zukunft in der Hand,
drum geben wir den Rechten nicht unser Land.

Wir durchschauen die populistischen Sprüche und wissen,
die Nazis lauern schon hinter den Büschen.

Drum haben wir ein große Bitte:

Wählt eine Partei links der Mitte. ■

Omas gegen Rechts

*»AfD-Mitglieder in Hessen:
An Kommunalpolitik
meist nicht interessiert.
Falls sie es in die
Parlamente schaffen,
verliert ein Teil
von ihnen
oft die Lust.«*

Dieter Bahndorf

Sprecher der
VVN-BdA Hessen



Die hessische AfD

Kommunalpolitische Unfähigkeit in Zahlen

Demokratie wird in der Kommunalpolitik vorgelebt, gestaltet und für Bürger:innen erlebbar gemacht. Die AfD ist prinzipiell unfähig, Kommunalpolitik zu machen. Das beweist die Statistik über ihre Mandatsträger vor Ort in Hessen.

1.533 Kreistagsmandate waren bei den Kommunalwahlen 2016 zu vergeben. Davon ergatterte die AfD 183 Sitze, die NPD fünf, die Republikaner drei. Nur in den Kreistagen und in den kreisfreien Städten war die AfD flächendeckend angetreten.

Vier Jahre nach den Wahlen war ein Schwund von 16 % in den AfD-Kreistagsfraktionen festzustellen. In den kreisfreien Städten saßen 15 % weniger Abgeordnete als ursprünglich gewählt. In den kleineren Kommunen vor Ort (kreisfreie Städte und Gemeinden) sind die Zahlen noch gravierender. Von den 12.661 zu vergebenden Mandaten hatte die AfD nur 96 gewonnen. Hier war sie nicht flächendeckend angetreten. In den kommunalen Parlamenten betrug der anschließende Schwund 21 %.

Das heißt: An Kommunalpolitik sind die meisten der rund 3.000 AfD-Mitglieder in Hessen nicht interessiert. Falls sie es doch in die Parlamente schaffen, verliert ein guter Teil von ihnen nach einiger Zeit die Lust. Manche AfD-Fraktionen zerlegen sich, andere AfD-Fraktionen können ihre Abgänge nicht mit Nachrückern auffangen, so dass von den ursprünglich 56 errungenen Mandaten in nicht kreisfreien Kommunen nur noch 44 übrig sind.

Im hessischen Landtag errang die AfD 2018 zwar 19 Sitze, nahm aber ein AfD-Mitglied nicht in die Fraktion auf. Den Alterspräsidenten des Landtags und AfD-Kreisvorsitzenden der Bergstraße schloss sie im Oktober 2020 aus der Fraktion aus. Nur der drohende Verlust von für die AfD wichtigen Ausschusssitzen rettete dann den ehemaligen Spitzenkandidaten im hessischen Landtagswahlkampf vor einem Ausschluss aus der AfD-Landtagsfraktion. ■

»Wir kennen die Geschichte.



**Bunte Liste in der UAS –
University of Applied Sciences,
Frankfurt**

Demokratie verteidigen statt mit Nazis reden

Am 5. April 2019 wurden demokratiefeindliche Positionen an unserer Hochschule wieder salonfähig. An diesem Tag war ein AfD-Mitglied zu einer Diskussion im Rahmen der Europawahlen eingeladen, ausgerechnet zum Thema „Europa als Friedens- und Demokratieprojekt“. Welchen Beitrag soll eine verfassungs- und demokratiefeindliche, die EU verachtende Partei zu diesem Thema leisten?

Im Vorfeld wurde der Präsident der Frankfurter Hochschule bestürmt, den AfD-Vertreter auszuladen oder die Veranstaltung abzusagen. Mit

*Wir wissen,
was passiert,
wenn faschistischen
Strukturen nicht
frühzeitig und
entschieden
entgegengetreten
wird.«*

einer breiten Demonstration und Besetzung des Audimax der FRA UAS protestierten viele Hochschulangehörige sowie zahlreiche Bündnisse gegen den Auftritt des AfD-Mitglieds.

Statt sich solidarisch hinter die eigenen Hochschulangehörigen zu stellen, wählte der Präsident eine gewaltsame Räumung des Audimax durch die Polizei.

Das ist nur ein Beispiel für die Legitimierung demokratiefeindlicher Organisationen und Meinungen in diesem Land. Betrachten wir aktuelle Ereignisse, wird deutlich, wie unsere Staatsor-

gane wie Polizei, „Verfassungsschutz“ und Regierung, aber auch Personen der Zivilgesellschaft faschistische Strukturen schützen und somit legitimieren.

Lokale Beispiele sind das Racial Profiling der Frankfurter Polizei und die Drohbriefe, die von „NSU 2.0“ verschickt wurden – an Adressen, die an Rechnern der Frankfurter Polizei recherchiert worden waren. Die Liste bekannter rechtsextremer Strukturen in Polizei und Neonazi-Netzwerken in Hessen wächst ständig.

Während politische Akteur:innen auf Landes- und Bundesebene immer noch von „Einzelfällen“ sprechen, wissen wir genau: Es handelt sich um ein tradiertes System! Wir alle, jede:r Einzelne, trägt Verantwortung dafür, unsere Demokratie zu verteidigen.

Wir kennen die Geschichte. Wir wissen, was passiert, wenn faschistischen Strukturen nicht frühzeitig und entschieden genug entgegengetreten wird.

Daher fordern wir dich auf: Nutze deine Stimme und wähle demokratisch! ■



Seit 2016 ist die AfD im Offenbacher Stadtparlament vertreten. In diesen fünf Jahren hat sie sich nicht durch Sacharbeit hervorgetan, sondern ist durch Selbsterfleischung (von sechs gewählten Vertreter:innen sind noch drei in der Fraktion) und Schaufensteranträge aufgefallen. Viele ihrer Anträge und Anfragen betreffen Menschen mit nichtdeutschen Wurzeln, Muslime oder Linke. In diesen Anträgen werden solche Offenbacher:innen stets als Gefahr für „traditionelle Werte“ oder gar für „die Sicherheit“ dargestellt. Von sich selbst versucht die AfD den Eindruck zu vermitteln, sie sei die Hüterin von Freiheit, Demokratie, des Grundgesetzes und des „christlichen Abendlandes“.

So sollen städtische Kitas zwingend christliche Feste begehen (andere Religionen werden im Antrag nicht erwähnt) und Schweinefleisch servieren. In Amtsgebäuden sollen Kreuzfixe hängen.

»Das Schema, Angst zu erzeugen
und zu stigmatisieren,
ist Grundlage
jeder populistischen und
rechten Politik
und keine
Erfindung
der AfD.«

Mit der Forderung, einen Antisemitismusbeauftragten zu installieren sowie auf Moscheevereine einzuwirken, um Antisemitismus zu begegnen, möchte die AfD als philosemitische Hüterin des Grundgesetzes erscheinen. Wie viel ihr tatsächlich an jüdischem Glauben und jüdischer Kultur liegt, zeigen obige Anträge zu Kitas und Kreuzen. Nebenbei spielt sie so die jüdische gegen die muslimische Minderheit aus. Dieses Schema, Angst zu erzeugen und mal diese, mal jene Gruppe zu stigmatisieren, ist die Grundlage jeder populistischen und rechten Politik und keine Erfindung der AfD.

Wohin eine solche Politik der Spannung und Spaltung führt, zeigt ein Blick in die USA nach vier Jahren Trump. Die dortige Gesellschaft ist geprägt von Gewalt und gespalten in unveröhnliche Lager wie seit den 1960er Jahren nicht mehr.

Jede:r, der oder dem an einem gelingenden Zusammenleben aller Offenbacher:innen gelegen ist, muss Abstand von solchen Kräften suchen und für Solidarität und Gemeinsinn stimmen statt für Ausgrenzung und Angst. ■

Johannes
Borst-Rachor,
1. Vorsitzender
der NaturFreunde
Offenbach

»Wir sind nicht nur
gegen euch,
wir wollen euch
nicht haben,
nicht nur
in Hanau.«



Peter Fischer
Präsident von Eintracht Frankfurt

**Erinnerung! Gerechtigkeit!
Aufklärung! Konsequenzen!**

Auszug aus der Rede vom 22.8.2020 in Hanau

Keine Sprache der Welt findet Worte, die Trauer und Leid der Angehörigen zum Ausdruck bringen. Eins hat uns aber in allen Sprachen, welcher Gott auch immer, gegeben. Wir können reden. Wir können uns wehren. Wir können laut sein. Wir können uns solidarisieren. Egal, woher wir kommen, wir können klar machen, dass Rassismus keine Chance hat. Wir sind nicht nur gegen euch, sondern wir wollen euch nicht haben, nicht nur in Hanau.

Wenn uns schon Worte der Trauer und des Verständnisses fehlen, uns fehlen keine Worte für das, was wir wollen: Gerechtigkeit, Konsequenzen, Aufklärung, Hilfe, Bestrafung, ein ganz klares und deutliches Abgrenzen von jeglicher Form von Rassismus.

Die Erinnerung ist das Normalste auf der Welt. Das ist das Normalste in den Familien. Bis sie selber sterben, werden sie niemals ihre Söhne, niemals ihre Brüder, ihre Schwestern vergessen. Sie werden immer dabei sein, bei jedem Fest, bei jedem Geburtstag, an jedem Todestag. Und sie sind solange nicht vergessen, solange man über sie spricht. Immer wenn wir über sie reden, dann leben sie noch – für uns!

Es ist nur ein kleines Zeichen, dass über 90.000 Mitglieder in meinem Verein gegen diese Rassisten sind, dass sie klare Kante zeigen. Wir wollen keine Nazis. Wir wehren uns gegen euch, weil wir mehr sind. Es wird kein Hanau mehr geben dürfen. Wir sind ein Land, das bunt ist. Wir sind viel mehr. Und ihr werdet es spüren, Tag für Tag und immer und immer. Nicht nur, wenn ihr euer Kreuz bei einer Wahl macht.

Lasst hier Schluss sein. Lasst es nie wieder geschehen. Lasst euch niemals von jemandem verleiten. Wehrt euch. Bleibt stark. Gemeinsam sind wir viel stärker! Wir sind mehr! ■



Wolfgang Christian
Mitglied Kreisvorstand
der GEW Offenbach-Stadt



Michael Köditz
Mitglied im
Vorsitzendenteam
der GEW Südhessen
und Offenbach-Stadt

Ein Blick ins Programm der AfD

Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der AfD ähnelt stark der von FDP und CDU. Sie stimmt im Bundestag oft für Gesetzesvorlagen der Regierung und tritt die Interessen von Arbeiter:innen, Geringverdienern und Arbeitslosen mit den Füßen.

Die Umwelt- und Klimapolitik der AfD stammt aus dem letzten Jahrtausend: Strom soll aus Kohle, Mineralöl und Kernkraft gewonnen werden, Windkraftanlagen seien abzuschalten, Weiterentwicklung der Kernenergie sei zu fördern, nicht aber die Energiegewinnung aus Biomasse. In Offenbach wendet sich die AfD z.B. gegen jedwede Förderung des Radfahrens: Fahrradstraßen sollen weder geplant noch gebaut werden.

Die AfD in Offenbach: Anträge, Redebeiträge – zum großen Teil Fehlanzeige. Manchmal ein Antrag wie der zur Ernährung der Schüler in unseren Einrichtungen: Sie sollen „künftig wieder regelmäßig Gerichte mit Schweinefleisch“ essen. Dabei geht es nur um Konfrontation mit Muslimen. Die AfD nutzt ihre demokratischen Rechte im Parlament, um rassistische Hetze zu verbreiten.

Warum wählen Menschen die AfD? Neoliberale Politik hat die soziale Ungleichheit massiv verstärkt. Wer nicht zu den Gewinnern zählt, wird empfänglich für menschenverachtende Propaganda. Doch wer rechts wählt, läuft in die Falle: Statt Kritik an den sozialen Verhältnissen gibt es nur nationalistische Phrasen.

Wir werden rechte Wähler nicht erreichen, wenn wir sie nur dazu auffordern, „demokratische Parteien“ zu wählen. Denn unsere Regierungsparteien haben die Umverteilung und das damit verbundene Elend zu verantworten. Wir können nicht dazu auffordern, die, die das Schlamassel angerichtet haben, weiter an der Macht zu halten.

Kampf gegen rechts bedeutet, durch eine konsequent linke Politik, die sich den sozialen Verwerfungen entschieden entgegenstellt, zu überzeugen. Wer zahlt für die Corona-Maßnahmen? Werden die superreichen Krisengewinner zur Kasse gebeten?

Vielleicht ist eine andere Differenzierung sinnvoller: die zwischen neoliberalen und konsequent sozial ausgerichteten Parteien. Dann rückt die FDP in die Nähe der AfD, und auch CDU und Grüne sind nicht weit entfernt.

Ausgegrenzte und Verlierer unseres Wirtschaftssystems lassen sich nur von einer Politik überzeugen, die deren Interessen durchsetzt. Von den meisten Parteien bekommen sie nur warme Worte. Solange sich das nicht ändert, sind die Chancen, Enttäuschte für eine soziale und menschliche Politik zu gewinnen, gering. Wir fordern dazu auf, nur Parteien oder Kandidat/-innen zu wählen, die sich der ausbeuterischen neoliberalen Politik konsequent entgegenstellen und für die Interessen aller Menschen kämpfen. ■

»Ich wähle demokratisch, weil ...

ich nicht in einem faschistischen, autoritären und menschenverachtenden System aufwachen möchte.

Die Geschichte darf sich nicht wiederholen und das liegt in unserer Verantwortung.

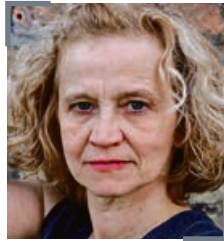
Antisemitismus und Rassismus sind nie „verschwunden“, das wird immer sichtbarer.« ■

Evelin,
Mitglied Bunte Liste FRA UAS

»Alle Menschen
haben ein Recht
auf ein menschen-
würdiges, lebens-
würdiges, friedvol-
les und glückliches
Leben.«

**Bettina
Kaminski**

Schauspielerin
und Regisseurin,
Freies
Schauspiel-Ensemble
Frankfurt



Ein Kind Willy Brandts

Aufgewachsen im Deutschland der 70er, in dem Zukunft noch eine Verheißung war. Ein neuer Wind wehte durch Deutschland. Eine Zeit der Friedens- und Entspannungspolitik.

Als ich vier Jahre alt war, ging Willy Brandt vor dem Mahnmahl in Warschau auf die Knie und bat um Vergebung. Mit 12 besuchte ich gemeinsam mit meinen Eltern und Brüdern das Konzentrationslager Dachau. Ein Erlebnis, das mich nachhaltig prägte. In meinem sozialdemokratischen Elternhaus wurde mir beigebracht, dass ich persönlich natürlich keine Schuld trage an den Gräueltaten der Nationalsozialisten, als deutsche Staatsbürgerin, wengleich viel später geboren, aber eine Mitverantwortung habe. Eine Verantwortung für die Gesellschaft, in der ich lebe. Und das heißt: aufzustehen, wenn Menschen ausgegrenzt und diffamiert werden, aufzustehen, wenn Unrecht geschieht. Aufzustehen, wenn Menschen ihrer Würde beraubt werden.

Ich war wirklich so naiv zu glauben, wenn die alten Nazis alle tot sind, würde der Spuk vorbei sein. Niemand würde es noch wagen, dieses alte Lied zu singen und wenn, dann würde niemand mehr zuhören. Alles falsch. Ein Herr Höcke darf zwar laut Gerichtsurteil als „Nazi“ bezeichnet werden, wird aber nicht aus dem Staatsdienst entlassen. Unglaublich. Die AfD hat es in viel zu viele deutsche Parlamente geschafft und wir haben gar keine andere Wahl, als uns mit ihr auseinanderzusetzen und dafür zu sorgen, dass ihre Worthülsen und Lügen entlarvt werden. Und das ist für unsere Parlamentarier:innen harte und nervenaufreibende Arbeit. Auf keinen Fall darf man sie in Regierungsverantwortung kommen lassen, das wäre ein fataler Fehler.

Alle Menschen sind gleich. Alle Menschen haben ein Recht auf ein menschenwürdiges, lebenswürdiges, friedvolles und glückliches Leben. Unsere Gesellschaft ist das, was wir aus ihr machen.

Wir sollten nicht aufhören, dafür zu streiten. ■

»Wir können die AfD
bei den nächsten Wahlen
schwächen und im besten Fall
sogar ganz loswerden.«

**Hibba-Tun-Noor
Kauser**

069 vs. Racism,
Offenbach



Lasst uns die AfD aus den Parlamenten wählen!

069 vs. Racism ist eine Initiative, die aus der Black-Lives-Matter-Bewegung entstand. Wir bestehen aus jungen, aktiven und größtenteils direkt von Rassismus betroffenen Personen. Das „069“ steht für Offenbach und „vs Racism“ dafür, dass Rassismus keinen Platz in Offenbach hat und dass wir uns gegen jede Art der Diskriminierung stellen.

Es kann nicht sein, dass im Jahr 2020 rechte Strukturen in Polizei und Staatsbehörden existieren. Es kann nicht sein, dass von dort aus Drohschreiben an Politiker:innen, Anwält:innen

und Aktivist:innen mit der Unterschrift „NSU 2.0“ versendet werden. Es kann nicht sein, dass Betroffenen von Rassismus nicht zugehört wird, dass unsere Erfahrungen relativiert werden und sich daran nichts ändert. Was erst recht nicht sein darf, ist, dass wir eine rassistische, homophobe, sexistische, antisemitische und faschistische Partei in allen 16 Landesparlamenten, in vielen Kommunalparlamenten und im Bundestag sitzen haben! Die AfD ist keine demokratische Partei. Sie spaltet, verbreitet Hass und Hetze und darf nicht hingenommen werden. Wir

diskutieren viel darüber, wie man die AfD loswird. Der einfachste und beste Weg ist der demokratische: Genauso, wie sie ins Parlament reingewählt wurde, kann sie auch rausgewählt werden. Es liegt an uns! Wir können die AfD bei den nächsten Wahlen schwächen und im besten Fall sogar ganz loswerden. Doch dafür müssen wir mobilisieren, woran wir als Initiative sehr bemüht sind.

An die Politik stellen wir folgende Forderungen:

» Menschen, die im Alltag mit Rassismus konfrontiert sind, muss endlich zugehört werden. Ihnen muss die Möglichkeit geboten werden, Anlaufstellen zu haben, die mit professionellen Berater:innen ausgestattet sind und Betroffenen helfen können, z.B. bei Diskriminierung am Arbeitsplatz. Daher fordern wir ein Antidiskriminierungsbüro in jeder hessischen Kommune.

» Wir fordern mehr Bewusstsein und Aufklärung über die Kolonialzeit in den Lehrplänen. Damit kann man Rassismus und rassistischen Anfeindungen vorbeugen, denn je früher Schüler:innen aufgeklärt werden, desto bewusster sind sie sich dieser historisch gewachsenen rassistischen Ressentiments.

» Wir fordern ein Ende der Diskriminierung bei der Job- und Wohnungssuche aufgrund des Namens oder des Aussehens. Es kann nicht sein, dass als migrantisch gelesene Menschen immer wieder davon erzählen, dass sie keine Chancen auf Jobs oder Wohnungen

haben, wenn sie eine Bewerbung mit Namen und Bild abschicken. Und feststellen müssen, dass ihre Chancen signifikant steigen, wenn sie auf ein Foto verzichten oder ihren Namen versuchsweise in einen „deutschen“ ändern.

» Wir fordern mehr Repräsentanz in Politik, Gesellschaft, Unternehmen,

Vorständen, Aufsichtsräten und städtischen Behörden. Es muss eine Quote für als migrantisch gelesene Menschen geben, damit sie endlich angemessen repräsentiert werden in unserer Gesellschaft.

Lasst uns statt Hass und Hetze, statt Spaltung und Rücksichtslosigkeit lieber Demokratie und Solidarität, Liebe und Menschlichkeit wählen.

Wir zählen auf euch! ■



»Wenn heute
Mitglieder der AfD
Hass zwischen
den Kulturen säen,
wenn sie Geflohene
als kriminell bezeichnen,
dann ist das das
gleiche Muster wie
damals im Faschismus.«

Hass ist ein schlechter Begleiter

Die Biografie von Edith Erbrich

*Holocaust-Überlebende
Edith Erbrich erzählt,
begleitet von Hans-Josef Rautenberg*

**Ich hab' das Lachen nicht verlernt
Ein Leben voller Erinnerungen**

Rediroma-Verlag, Erscheinungsjahr: 2020,
Seitenzahl: 68
ISBN 978-3-96103-816-9

Ich habe ein besonderes Interesse daran, dass Nazis nicht an Stimmen und Einfluss in der Bevölkerung gewinnen. Ich musste als kleines Mädchen den NS-Staat und seine Verfolgung von Menschen anderer Religion und Kulturen am eigenen Leib erleben.

Da mein Vater jüdischen Glaubens und meine Mutter Christin war, wurden auch meine Schwester und ich als „Halbjüdinnen“ verfolgt. Ich litt unter der Ausgrenzung, weiß noch, wie es war, als kleines Mädchen nicht mehr in die Schule gehen zu dürfen, erlebte das Gefühl, aus der Gemeinschaft ausgeschlossen zu sein.

Die schrecklichste Erfahrung meines Lebens war, als wir Kinder zusammen mit unserem Vater 1944 ins KZ Theresienstadt deportiert wurden und ich mich von meiner Mutter trennen musste. Die erniedrigende Behandlung und die

Kälte der Nazi-Aufseherinnen, die Schikanen gegenüber mir, einem jüdischen Kind, quälten mich noch heute, waren traumatische Erfahrungen.

Sie hätten keinen Halt gemacht, keine Gnade gekannt – der Tag meines Todes im Vernichtungslager Auschwitz stand schon fest –, nur die Befreiung vom Faschismus durch die Rote Armee im Mai 1945 rettete mir und meiner Familie das Leben.

Wenn heute Mitglieder der AfD wieder Hass zwischen den Kulturen säen, wenn sie die Menschen, die hierher aus Elend und Katastrophen in ihrer Heimat geflohen sind, als kriminell bezeichnen, dann ist das das gleiche Muster wie damals im Faschismus in Deutschland.

Die Schuld an Unzulänglichkeiten in der Gesellschaft wird denen angelastet, die sich nicht wehren können.

Ich setze mich mit allen Kräften dafür ein, dass die Nazis nicht stärker werden, dass die Menschen demokratische Parteien wählen. Deshalb erzähle ich meine Geschichte in Schulklassen, in Konfirmandengruppen, überall, wo Menschen sie hören wollen und wissen möchten, wohin Hass und Hetze gegen Menschen anderer Kultur führen, wenn man sie nicht bremst.

Wir müssen unsere Demokratie wert schätzen und sie verteidigen! ■

Edith Erbrich

»Ich wähle demokratisch, weil ...

es mir wichtig ist, dass sich jeder Mensch
als gleichberechtigtes Mitglied dieser Gesellschaft versteht
und in dieser Diskriminierung und Hass
nicht noch mehr Raum einnehmen dürfen!« ■

Gabriele,
Mitglied Bunte Liste FRA UAS



DGB Frankfurt am Main
Wahljahr 2021

Für soziale Gerechtigkeit und Solidarität

In dieser schwierigen Zeit braucht es solidari-
schen Zusammenhalt in der Gesellschaft. Wir
sehen mit Besorgnis, dass viele Menschen unter

der Covid-19-Pandemie leiden. Das Virus hat Menschenleben gekostet und viele Menschen gesundheitlich getroffen. Viele Kolleg:innen aus unterschiedlichen Berufen haben ihre Jobs oder Einnahmequellen verloren und blicken in eine ökonomisch unsichere Zukunft. Gerade Haushalte in den unteren Einkommensbereichen sind besonders stark von Einkommenseinbußen betroffen. Kolleg:innen etwa im Gesundheits- oder Bildungsbereich arbeiten teils über die Grenzen der Belastbarkeit hinaus. Menschen, die beengt leben, etwa in Sammelunterkünften, brauchen dringend Hilfe. Die Einschränkungen des öffentlichen Lebens belasten uns alle.

Das alles muss Thema sein im Wahljahr 2021. Lasst uns gemeinsam für eine sozial gerechte Krisenpolitik streiten, die nicht auf Kosten der Lohnabhängigen, Geringverdienenden und ökonomisch Schwachen geht und die besonders bedürftige Menschen zuvorderst in den Blick nimmt! Lasst uns dabei deutlich zeigen, dass wir zusammenstehen, egal welche Herkunft wir haben, egal wie wir aussehen und woran wir glauben! ■

Philipp Jacks, Alexander Wagner

»Gemein-
sam für
eine sozial
gerechte
Krisen-
politik, die
bedürftige
Menschen
zuvorderst
in den Blick
nimmt!«

»Es kann nicht sein, dass Menschen,
die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland
haben, von der Gestaltung
des sozialen und öffentlichen Lebens aus-
geschlossen werden.«



DIDF und DIDF-Jugend,
Frankfurt am Main

Wer hier lebt, muss hier wählen dürfen!

Das Wahlrecht ist die Basis jeder demokratischen Wahl. Was banal und selbstverständlich klingt, ist leider keine Selbstverständlichkeit für rund sechs Millionen Menschen in der Bundesrepublik. Das Wahlrecht wird nämlich nur deutschen Staatsbürgern zugestanden. EU-Bürger genießen dieses Recht zumindest auf kommunaler Ebene.

Nicht-EU-Bürger, die einen Großteil der nach Deutschland eingewanderten Arbeitsmigranten ausmachen, bleibt jede Art von Wahlrecht vorenthalten. Doch gerade sie sind es, die von rassistischen Parteien als Zielscheibe und Sündenbock für gesellschaftliche Probleme dargestellt werden. Ob Arbeitslosigkeit, Armut oder steigende Kriminalität, in der Argumentation rechter Parteien ist klar, was die Ursache all dessen ist: „Einwanderer, Ausländer, Migranten“. Umso besorgniserregender ist, dass diese Menschen

dieser Propaganda praktisch schutzlos ausgeliefert sind, denn via Wahlen mitzubestimmen, ist für sie unmöglich.

Ein Wahlrecht für alle, auch für nichtdeutsche Staatsbürger, ist für einen gemeinsamen Widerstand gegen Rassismus notwendig und muss lautstark eingefordert werden.

Nicht nur für den Kampf gegen Rassismus, auch für ein gemeinsames und demokratisches Zusammenleben braucht es dieses Recht. Es kann nicht sein, dass Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben, hier leben und arbeiten, von der Gestaltung des sozialen und öffentlichen Lebens ausgeschlossen werden und nicht mitentscheiden dürfen, obwohl sie ihre bürgerlichen Pflichten erfüllen. Diese undemokratische Haltung, einen Teil der Gesellschaft bewusst von politischen Entscheidungsprozessen auszuschließen, wirkt sich negativ

auf die Gesellschaft als Ganzes aus und treibt einen Keil zwischen die Menschen.

Politiker, die lauthals „Integration“ schreien und eben jene von denselben Menschen fordern, denen sie Wahlrecht und jegliche Mitbestimmung verweigern, tun ihr übriges. Oft wird dann behauptet, eine Einbürgerung stünde ja jedem frei. Die Hürden dafür sind hoch: Wohnsitz in Deutschland seit wenigstens acht Jahren, vollständige Bestreitung des Lebensunterhalts, Deutschkenntnisse auf mittlerem Niveau, Einbürgerungstest, Ablegen der alten Staatsangehörigkeit, keine Vorstrafen, Bekenntnis zur „freiheitlich demokratischen Grundordnung“ sowie Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr.

Diese Anforderungen sind lächerlich hoch, vor allem für Niedrigverdiener, ältere Menschen oder Menschen aus sozial benachteiligten Verhältnissen. Außerdem stellt sich die Frage, wie so Migranten sich zur „freiheitlich demokratischen Grundordnung“ bekennen müssen, während Rechtsradikalen, die eben jene offen ablehnen, die deutsche Staatsangehörigkeit nicht entzogen wird.

Wir fordern, dass jeder Mensch, dessen Lebensmittelpunkt in Deutschland ist, auch das Recht haben muss, sich an allen Wahlen zu beteiligen. Sowohl als Wähler als auch als Kandidat. Die entsprechenden Rahmenbedingungen und Partizipationsmöglichkeiten dafür müssen endlich geschaffen werden. ■



Gegen Vergessen
Für Demokratie e.V.

Organisation Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.,
Regionalgruppe Rhein-Main

»Die Einflussnahme der Wähler
auf kommunaler Ebene
ist viel direkter spürbar.«

Unsere Kreuze haben keine Haken

Die hessischen Kommunalwahlen sind wichtig. Denn Demokratie ist kein starres Gebilde, sondern lebt vom aktiven Miteinander. Und dazu gehört, dass wir wählen gehen. Das Wahlrecht ist unmittelbarer Ausdruck der Volkssouveränität und damit eine tragende Säule unserer Demokratie.

Die mediale Aufmerksamkeit ist oft mehr auf Bundestags- oder Landtagswahlen gerichtet. Dabei ist die Einflussnahme der Wähler auf kommunaler Ebene viel direkter spürbar. Und dort sind es vor allem Menschen im Ehrenamt, die wir durch unser Kreuz auf dem Wahlzettel stärken können.

Gerade in Deutschland muss man sagen: Das Recht, wählen zu dürfen, ist nicht vom Himmel gefallen, sondern wurde hart erkämpft. In der NS-Zeit haben Menschen ihr Leben gelassen, damit wir Nachfahren in einer Demokratie aufwachsen konnten, die es allen ermöglicht, ein selbstbestimmtes Leben in Würde und Freiheit zu führen. Die überlebenden Widerstandskämpfer:innen einte nach dem Zweiten Weltkrieg das „Nie wieder!“ Nie wieder Faschismus, nie wieder Antisemitismus, nie wieder Rassismus, nie wieder Krieg.

Unsere Vereinigung Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. gründete sich Anfang der 90er

Jahre, weil es Anschläge auf Asylheime gab. Die Vereinsgründer waren erschrocken über die offene ausländerfeindliche Gewalt, die damals in Hoyerswerda, Rostock und Mölln zu Tage trat. Dem wollten wir als zivilgesellschaftliche Organisation etwas entgegensetzen.

Wir sind entsetzt, dass es heute im Bundestag und in allen Länderparlamenten eine Partei gibt, die zumindest in Teilen offen rechtsradikal ist und das alte Gedankengut wieder hofähig macht. Deshalb rufen wir auf: Gehen Sie zur Kommunalwahl und machen Sie Ihr Kreuz bei Parteien, die klar auf dem Boden des Grundgesetzes stehen und den Werten von Toleranz, Frieden und Menschlichkeit verpflichtet sind. ■

Andreas Dickerboom

»Wer AfD wählt, wählt auch ...

rechte Schläger
und bekennende
Neonazis.«

Lena Sarah
Carlebach

Enkelin
von Emil Carlebach

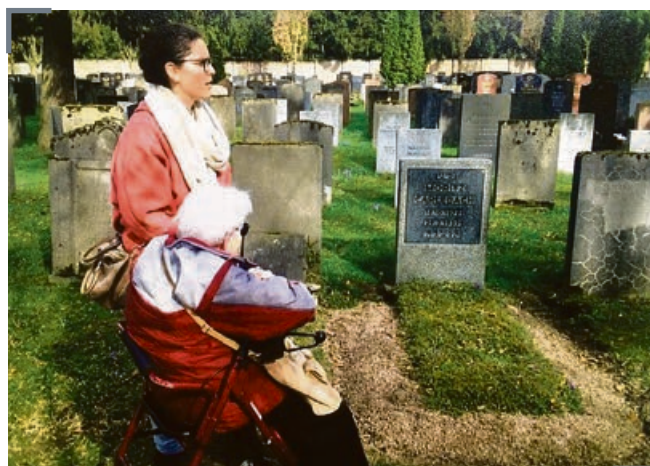


Die AfD hetzt gegen Minderheiten, vertritt ein sexistisches Familienbild und kämpft mit allen Mitteln gegen unsere hart erkämpfte Demokratie – sie ist eine Gefahr auf den Straßen, in den sozialen Netzwerken und in den Parlamenten! Wer sie wählt, wählt auch Rassist:innen, verurteilte Antisemiten, rechte Schläger und bekennende Neonazis, die mit dem Einzug der AfD in

die Parlamente Geld, Macht und Ressourcen gewinnen. Das darf nicht sein! In Deutschland leben viele Menschen, die es sich nicht aussuchen können, die AfD zu ignorieren. Dazu zählen tausende Nachkommen von NS-Verfolgten. Sie könnten gar nicht darüber hinwegsehen, dass die AfD die Verbrechen des Nationalsozialismus relativiert, leugnet oder gar als Vorbild herausstellt. Die schiere Existenz dieser Propaganda betrifft uns im Innersten. Das können und dürfen wir nicht länger hinnehmen! ■

Emil Carlebach (1914 bis 2001)

Am 11. Januar 1934 wurde Emil Carlebach wegen der Herstellung und Verbreitung antifaschistischer Zeitungen zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Nach der regulären Haft in verschiedenen Gefängnissen wurde er als Kommunist und Jude 1937 in das Konzentrationslager Dachau verbracht und war ab 1938 bis zur Selbstbefreiung des KZ in Buchenwald inhaftiert. Unter den Bedingungen der Haft setzte er den Widerstand fort und war Teil der internationalen illegalen Widerstandsorganisation des Konzentrationslagers. Der Schwur der befreiten Häftlinge des KZ Buchenwald blieb Emil Carlebachs Lebensmaxime. Emil Carlebach blieb mit der Erfahrung von elf Jahren faschistischer Haft überzeugter und aktiver Antifaschist. Als solcher wurde er im August 1945 zu einem der sieben Lizenzträger und einem der Chefredakteure der neu gegründeten „Frankfurter Rundschau“ berufen. Er war Stadtverordneter der KPD in Frankfurt, Abgeordneter des hessischen Land-



Lena Sarah Carlebach mit Großtante Liesel Edwards, geborene Carlebach, vor dem Grab ihres Urgroßvaters bzw. Vaters. Liesel Edwards wurde 1939 als 15-jähriges Mädchen mit einem der letzten Kindertransporte von Frankfurt am Main nach England gebracht. Sie sah ihre Eltern nie wieder.

tages und beteiligt an der Schaffung der Landesverfassung. Emil Carlebach war Mitbegründer der VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes) und viele Jahre lang Vizepräsident des Internationalen Komitee Buchenwald Dora. Unermüdlich hat er bis ins hohe Alter vor Jugendlichen über seine Erfahrungen berichtet. ■

Der rechte Rand im Frankfurter Stadtparlament

AfD und Bürger für Frankfurt (BFF)

Weil sich AfD-Mitglieder prinzipiell kaum für Kommunalpolitik interessieren, überließ die AfD der BFF die Mandate in den Ortsbeiräten. Ortsbeiratsarbeit ist zeitaufwendig und wenig öffentlichkeitswirksam.

Der Spitzenkandidat der AfD für die Kommunalwahl 2016, Rainer Rahn, hatte schon eine ganze Odyssee durch verschiedene Fraktionen hinter sich, ehe er zur AfD stieß. Dort wurde er prompt Fraktionsvorsitzender. Zwischen Februar und August 2020 tauchte er nicht mehr im Stadtparlament auf. 2021 tritt er nicht mehr an.

Von den 8 Mandatsträgern der AfD im Römer treten 2021 nur noch 3 auf aussichtsreichen Plätzen an. Ihr neuer Spitzenkandidat stammt wieder von einer anderen Fraktion mit ähnlicher Gesinnung – von der BFF. Dadurch scheint die sonst so gute Zusammenarbeit beider Fraktionen momentan etwas angespannt zu sein.

Für die BFF wird der Ehemann der Pegida-Aktivistin Heidi Mund als Fraktionsvorsitzender wohl weiter machen, aber nach dem Abgang seines Fraktionskollegen zur AfD muss die BFF bei dieser Kommunalwahl mit einem Absturz rechnen.

Die AfD versuchte sich mit Anträgen zur Reduzierung der Parkgebühren oder Redebeiträgen für die Öffnung des Mainkais für den Autoverkehr als Partei des „kleinen Mannes“ und Autofahrers darzustellen. Außerdem ist sie beleidigt, dass es für die AfD keine Mitwirkungsmöglichkeiten beim Ökumenischen Kirchentag 2021 in Frankfurt geben soll und will deshalb die finanzielle Unterstützung des Kirchentags durch die Stadt Frankfurt streichen.

Außer der BFF möchte keine der anderen Fraktionen mit der AfD zusammenarbeiten. Deshalb versuchen AfD und BFF immer wieder, mit Anträgen und Redebeiträgen Gemeinsamkeiten mit den Fraktionen von FDP und CDU herauszustellen, sei es die Kritik an den vermeintlichen Verstrickungen des OB Feldmann in die AWO-Affäre, sei es die immer wieder strapazierte Gleichsetzung von Rechtsextremismus, Rassismus, Linksextremismus und Islamismus. Natürlich fordert sie die Beendigung linker Frankfurter Szeneprojekte wie **Au14–16**, **Exzess** oder **Klapperfeld**.

Bei der FDP verfängt das. Bis Februar 2020 hatte die FDP 58 Anträgen der AfD zugestimmt. ■

Dieter Bahndorf

➤ **Biografien hessischer Antifaschist:innen im Internet:**
hessen-vvn-bda.de.

Die Porträts werden ständig ergänzt. Hinweise auf Verfolgte des Naziterrors sind willkommen.



agah

Landesausländerbeirat

Arbeitsgemeinschaft
der Ausländerbeiräte Hessen

Dass viele von denen, die sich tagtäglich Anfeindungen, rassistischen Äußerungen oder Diskriminierungen ausgesetzt sehen, nicht über die Zusammensetzung ihrer kommunalen Parlamente entscheiden dürfen, macht wütend und betroffen.

»Ausländerbeiräte –
ein Regulativ im Kampf
gegen menschenverachtende Tendenzen
und Auswüchse

Ausländerbeiräte stärken

vor Ort«

Daher ist es umso wichtiger, dass bei der zeitgleich mit der Kommunalwahl stattfindenden Ausländerbeiratswahl diese Gremien gestärkt aus der Abstimmung an den Wahlurnen hervorgehen. Ausländerbeiräte und die in ihnen politisch aktiven Menschen eint seit jeher der An-

spruch, Bollwerk gegen Rechtsextremismus zu sein. Sie stellen ein wichtiges und unabdingbares demokratisches Regulativ im Kampf gegen menschenverachtende Tendenzen und Auswüchse vor Ort dar.

Es waren übrigens auch die hessischen Ausländerbeiräte, die sich frühzeitig systematisch und analytisch mit den Inhalten rechter Programmatik auseinandergesetzt haben. Das Dechiffrieren ihrer Wortwahl ließ Positionen zu Tage treten, die zudem höchst demokratiefeindlich sind. Auch vor diesem Hintergrund sollte es sich eigentlich von selbst verstehen, dass Feinden der Demokratie am 14. März 2021 keine Stimme gegeben wird. So bleiben sie hoffentlich im wahrsten Sinne des Wortes ohne Stimme.

Aber auch außerhalb der Parlamente brauchen wir eine klare Haltung gegen rechte Umtriebe. Hier erfüllen die zahlreichen zivilgesellschaftlichen Organisationen vor Ort eine wichtige Brückenfunktion. Sie können politischen Druck aufbauen, der zu einem klaren Bekenntnis für demokratische Werte führt.

Oft mündet so etwas in dem gemeinsamen Einstehen von Stadtgesellschaft und Politik für das, was uns verbindet: Solidarisches Miteinander statt Ausgrenzung oder Vielfalt statt Einfalt!

Aber machen wir uns nichts vor – auch nach dem 14. März 2021 werden wir weiter für diese Werte eintreten müssen. Wer glaubt, dass geringere Wahlerfolge für Parteien am rechten Rand die gesamte Problematik auch nur einen Millimeter schmälert, irrt. Die Existenz rechtsextremistischer Parteien in Kreistag und Gemeindeparlament ist lediglich das Symptom. Die Ursachen liegen viel tiefer.

Und daher kann es eben nicht damit gut sein, am kommenden Wahltag nur auf der Basis der individuellen Wahlentscheidung ein Zeichen zu setzen. Das Engagement gegen rechts kann und darf nicht um 18.00 Uhr am 14. März 2021 aufhören. ■

Enis Gülegen,
agah-Vorsitzender

»AfD wie „Querdenken“
verneinen

wissenschaftliche
Fakten und unter-
stützen gruppen-
bezogene Menschen-
feindlichkeit.«



fb.com/AUFSTEHEN-GEGEN-RASSISMUS-RHEINMAIN

Aufstehen gegen Rassismus
RheinMain

Die AfD gefährdet unsere Gesundheit

Aufstehen gegen Rassismus RheinMain ist eine lokale Gruppe des bundesweiten Aktionsbündnisses Aufstehen gegen Rassismus, das 2016 nach den AfD-Wahlerfolgen gegründet wurde. Unsere Initiative soll Menschen ermutigen, gegen rassistische Hetze von AfD & Co. aufzustehen und klar zu sagen: Unsere Alternative heißt Solidarität. In der Schule, auf der Straße, in der Arbeit, auf dem Fußballplatz – überall!

AfD, Corona-Krise & „Querdenken“

Die AfD fällt zunehmend dadurch auf, dass sie Gesundheitsgefahren durch das Corona-Virus relativiert oder leugnet und staatliche Schutzmaßnahmen ablehnt. Im hessischen Landtag stellt sie die einzige Fraktion, deren Abgeordnete keinen Mund-Nasen-Schutz tragen und so die Verbreitung von Corona befördern.

AfD-Politiker nehmen an Veranstaltungen von „Querdenken“ teil. Deren Märsche bilden den Nährboden für Verschwörungsmymen, die eng mit antisemitischem Gedankengut verknüpft sind und Raum für Ausgrenzung aller Art bieten. AfD wie „Querdenken“ verneinen wissenschaftliche Fakten und unterstützen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

Rassismus tötet – auch in Hessen!

Personen, die sich politisch oder zivilgesellschaftlich für ein friedliches Zusammenleben engagieren, werden vermehrt Opfer von Übergriffen, die von rechten Kräften – auf der Straße und im Parlament! – angeheizt und gesellschaftsfähig gemacht werden. Diese „Wegbereiter“ haben seit Mitte 2019 den Lübcke-Mord in Kassel, das Attentat in Halle und den Anschlag in Hanau erst ermöglicht.

Unser Fazit: AfD & Co. befeuern die Verbreitung des Corona-Virus, sabotieren die Strategien zur Krisenbewältigung und untergraben die Demokratie.

Unsere Forderung: Aufklärung rechtsextremer, rassistisch kodierter Straftaten sowie Offenlegung der NSU-Akten.

Unser Aufruf: Wir unterstützen alle demokratischen Parteien, die sich für die soziale Teilhabe aller Menschen in unserer Gesellschaft einsetzen.

Daher: Stoppt die AfD & Co! Kein Platz für Hass, Rassismus und Hetze in unseren Kreistagen! ■

»Die parlamentarische Demokratie,
die AfDler und „Reichsbürger“
verächtlich machen oder abschaffen



Anne Kahn

Sprecherin
der VVN-BdA
Frankfurt a. M.

wollen, war von
allen Antifaschisten
geschaffen worden.«

„Querdenker“ verhöhnen Widerstand

Wenn heute „Querdenker“ in Übereinstimmung mit AfD und anderen Rechtsextremen die Gefahr des Corona-Virus leugnen, Impfungen ablehnen, dies als Zivilcourage deklarieren und sich selbst gar als „Widerstandskämpfer“ mit Sophie Scholl oder Anne Frank vergleichen, ist dies eine demaskierende Missachtung derjenigen, die sich den NS-Mördern entgegengesetzt hatten.

„Wehret den Anfängen“ und „Nie wieder Faschismus!“ – das waren die Lehren und Anforderungen der alten Widerstandskämpfer:innen an uns. Sie hatten ihr Leben eingesetzt im Kampf gegen den deutschen Faschismus. Sie waren von den Nazis aus politischen, „rassischen“, religiösen Gründen verfolgt worden. Zu

viele waren ermordet worden, wie mein Großvater. Zu viele waren zu langen und harten Haftstrafen verurteilt worden. Manche mussten emigrieren. Sie kämpften in anderen Ländern gegen den deutschen Faschismus, für ein neues, demokratisches, antifaschistisches Deutschland. So auch mein Vater.

Die parlamentarisch-demokratische Ordnung, die AfDler, „Reichsbürger“ u. a. heute verächtlich machen oder gar ganz abschaffen wollen, war im gemeinsamen Bemühen von allen Antifaschisten geschaffen worden. Demokratie zu leben und zu schützen, beginnt im Kleinen, vor Ort. Deshalb mache ich von meinem Wahlrecht Gebrauch, für das mein Großvater und seine Mitstreiter:innen gekämpft hatten. ■



Kurzbiografien meines Großvaters und meines Vaters

Martin Kahn (1881 bis 1941)

Jüdische Religionszugehörigkeit, Kaufmann, wahrscheinlich am 8. 11. 1941 nach Minsk deportiert, im Lager Malyj Trostenez bei Minsk, Weißrussland/Belarus ermordet.

Malyj Trostenez war zwischen Frühjahr 1942 und Sommer 1944 die größte Vernichtungsstätte auf dem Gebiet der besetzten Sowjetunion. Um die Spuren zu verwischen, ließen die Mörder Ende 1943 die Leichen der Opfer ausgraben und verbrennen. Nach Schätzungen wurden in Malyj Trostenez bis zu 60.000 Menschen ermordet.

Alphonse Kahn (1908 bis 1985)

Oktober 1933 Flucht und Emigration nach Frankreich. Internierung in verschiedenen Lagern in Frankreich, u. a. in Le Vernet.

1945 Rückkehr nach Deutschland. Arbeit in der Verwaltung der Stadt Ludwigshafen, zuständig für Entschädigungen und Wiedergutmachung. Gründungsmitglied der VVN. 1948 Arbeit bei Landesregierung Rheinland-Pfalz in Koblenz, zuständig für Entschädigungen und Wiedergutmachung. 1951 Adenauer-Erlass: Entlassung aus dem Staatsdienst wegen Mitgliedschaft in der KPD. In den Folgejahren Arbeit als Syndikus (wegen Verfolgung kein 2. juristisches Staatsexamen).

»Es ist heute wichtiger denn je ...

gegen Nazis und deren Sympathisanten Stellung zu beziehen. Wenn wir uns da einig sind, haben wir schon gewonnen, denn wir sind mehr!« ■



Dr. Michael
Hohmann

Romanfabrik e. V.,
Frankfurt am Main.

„Der Schlaf der Vernunft gebiert Ungeheuer“

Diese Überschrift ist der Titel eines Caprichios, einer Radierung von Francisco de Goya, das im aufklärerischen Sinne vor der Herrschaft der Phantasie, der Vorurteile und der Laster warnt. Sicher taugt die Vernunft nicht als alleinige Richtschnur für unser menschliches Handeln, aber ein jedes Handeln ohne Beteiligung unseres Urteilsvermögens läuft Gefahr, über kurz oder lang zu scheitern. Dies gilt, wie erwachsene Personen verkünden, sogar für die Liebe. Umso viel mehr also hat die Vernunft immer ein Wort mitzureden, wenn es um öffentliche Angelegenheiten geht, um die res publicae.

Wer vor den Gefahren einer Impfung warnt und im Hinterstübchen an eine Gleichschaltung der Gesellschaft denkt, dessen Vernunft schläft. Wer die Meinung verbreitet, Bill Gates strebe die Weltherrschaft an, hat nicht nur keine Ahnung von der (beschränkten) Rationalität des Kapitalismus, er wiederholt auch noch das Lügenmuster, das zum millionenfachen Mord an Juden beigetragen hat. Wer seine Wahrheiten in geschlossenen digitalen Räumen sucht und findet, wird sie nie finden, und wenn er noch so sehr an sie glaubt. Denn der Glaube ist in irdischen Wahrheitsangelegenheiten der größte Gegner der Wahrheit. Das Prinzip der Wahrheitssuche ist ein offener und öffentlicher Schlagabtausch der Argumente.

Die von Interessen geleitete Vernebelung und Verdunkelung – es glaube keiner, die Damen und Herren an der Spitze der Nebelmaschinen wüssten nicht um ihre Lügen – lässt sich aber nicht durch einfache Umkehrung von links aushebeln. Mit links verstehe ich eine Haltung, die vom Bedürfnis eines ständigen Prozesses der Demokratisierung zur Gewinnung einer umfassenden individuellen und gesellschaftlichen Freiheit ausgeht. Linker Populismus kann uns nicht aus der Sackgasse führen, da helfen nur Vernunft und die Kraft, alles Gewonnene wieder auf den Prüfstand zu stellen. Demokratie ist eine aus der Vernunft und nicht aus der Empirie gewonnene Leitidee. ■



Bündnis Main-Taunus – Deine Stimme gegen Rechts

Als Bündnis Main-Taunus – Deine Stimme gegen Rechts wollen wir aktiv dazu beitragen, dass die AfD auch weiterhin in keinem der zwölf Stadt- und Gemeindeparlamente im Main-Taunus-Kreis sitzt und nach der Kommunalwahl auch wieder aus dem Kreistag verschwindet. 2017 gegründet, um gegen AfD-Auftritte im Kreis zu protestieren, umfasst das Bündnis inzwischen mehr als 40 Vereine und Wohlfahrtsverbände, unabhängige Initiativen, Jugendorganisationen, Parteien, Schüler:innenvertretungen, Gewerkschaften, Religionsgemeinschaften sowie zahlreiche engagierte Einzelpersonen. Unsere politischen Einstellungen und Ziele sind durchaus unterschiedlich, manchmal auch kon-

»Widerstand gegen Rechtsextremismus verbindet.«

Main-Taunus-Kreis:

Kein Platz für die AfD

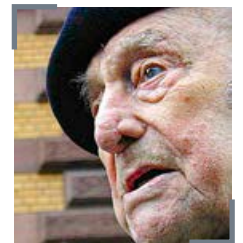
rovers. Jedoch verbindet uns der Widerstand gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und jegliche Form von Diskriminierung. Wir organisieren Filmvorführungen, Lesungen und Vorträge, unter anderem zur „Identitären Bewegung“ und zum Antifeminismus der Neuen Rechten. 2019 haben wir im Hofheimer Wasserschloss ein Sommerfest für Demokratie und Solidarität ausgerichtet, und nach dem Anschlag in Halle zu einer Mahnwache an der ehemaligen Synagoge in Hofheim aufgerufen. Zum 75. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus haben wir im Mai 2020 Friedensdrachen in Krieffel steigen lassen, und sechs Monate nach dem rassistischen Anschlag in Hanau auch in Hofheim ein öffentliches Gedenken an die Opfer organisiert.

Im Kommunalwahlkampf 2021 werden wir keinen Auftritt der AfD im Main-Taunus-Kreis unkommentiert lassen und eigene Akzente gegen Rechts und für eine demokratische, solidarische Gesellschaft setzen. ■

www.mtk-gegen-rechts.de

Biographie

Hans Schwert



Hans Schwert

Geboren am 17. September 1907 in Nürnberg fand er 1927 Arbeit in Frankfurt, organisierte sich in der Internationalen Arbeiterhilfe (IAH) und wurde Mitglied der KPD. Nach der Machtübertragung an die Nazi-Partei organisierte Hans Schwert mit seinen Kollegen und Genossen die politische Arbeit illegal, u.a. in Frankfurter Fabriken (Teves, Adler). Sie sammelten Geld zur Unterstützung der Internationalen Brigaden zur Verteidigung der spanischen Republik.

1936 wurde Hans Schwert verhaftet, im Frankfurter Gefängnis „Am Klapperfeld“ verhört, misshandelt, brutal zusammengeschlagen. Bis zur Befreiung im Frühjahr 1945 saß er wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ in 14 Gefängnissen und Lagern ein.

Nach der Befreiung kehrte er nach Frankfurt zurück, wurde städtischer Angestellter und setzte sich für die Interessen der Kollegen als Personalratsvorsitzender ein.

Sein Leben lang blieb er in der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung aktiv. Er arbeitete in der VVN-BdA und als Zeitzeuge. Legendär sind seine Stadtführungen mit Jugendgruppen, wo er von seiner Haft im Klapperfeld fesselnd berichtete. Hans Schwert verstarb am 21. Mai 2013 in Frankfurt. ■



IPPNW Regio Rhein-Main

Frankfurt am Main

Atomwaffenverbotsvertrag unterstützen!

Im Januar 2021 tritt der Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen in Kraft, dem inzwischen 50 Mitgliedsstaaten rechtsgültig beigetreten sind. Dieser Vertrag verbietet Staaten, Atomwaffen zu testen, zu entwickeln, zu produzieren und zu besitzen. Außerdem sind deren Weitergabe, Lagerung und der Einsatz sowie die Drohung mit dem Einsatz verboten. Der Vertrag verbietet auch, solche Aktivitäten zu unterstützen, zu fördern oder einen anderen Staat dazu zu bewegen, solche Handlungen zu unternehmen. Zudem wird den Staaten die Stationierung von Atomwaffen auf eigenem Boden verboten.

Die Bundesrepublik Deutschland, obwohl sie in dem Atomwaffensperrvertrag von 1969 auf den Erwerb nuklearer Bewaffnung verbindlich verzichtet hatte, beteiligt sich aber durch die „nukleare Teilhabe“ an Einsatztrainings mit Luftwaffen-Flugzeugen und Piloten. Aktuell soll die Bundeswehr für rund sieben Milliarden Euro neue Atombomber-Flugzeuge beschaffen!

»Wir fordern
von den Kommunen:
Unterschreiben Sie
den Städteappell
von ICAN!«

Durch den neuen Atomwaffenverbotsvertrag werden Atomwaffen völkerrechtlich geächtet, ähnlich wie Giftgas und Sprengminen das heute schon sind. Der Vertrag tritt am 22. Januar 2021 in Kraft. Die deutsche Bundesregierung jedoch weigert sich, diesem Vertrag beizutreten! Viele deutsche Städte haben an die Bundesregierung appelliert, diese Haltung aufzugeben. Allein in unserer Region beispielsweise Hanau, Wiesbaden, Mainz und unsere Nachbarstadt Offenbach. Denn im Falle eines Nuklearkrieges wären die grausamsten Opfer unter der Bevölkerung der großen Städte zu erwarten.

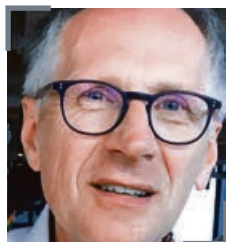
Vom Frankfurter Magistrat und der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung fordern wir:

Unterschreiben Sie den Städteappell von ICAN, der mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichneten Internationalen Kampagne für die Abschaffung der Nuklearwaffen! ■

Matthias Jochheim, IPPNW Region Rhein-Main
<https://www.icanw.de/ican-staedteappell>

➤ Beitrag seiner Tochter
Doris Fisch
siehe S. 13

25



André Roth

Mein Großvater Otto Roth war sechs Jahre lang im KZ Buchenwald inhaftiert, und mein Vater Artur Roth wurde als junger Mann für Hitler in den Krieg geschickt. Im Schwur von Buchenwald haben tausende Häftlinge nach der Selbstbefreiung geschworen:

„Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel“. Diese Losung gilt damals wie heute. Daher trete ich ein für eine Welt ohne Rassismus und für ein friedliches Zusammenleben der Menschen. Die AfD darf keinen Fuß fassen in den Parlamenten der hessischen Kreise, Städte und Gemeinden. ■

› Otto Roth (1905 – 1969)

Elektriker. 1930 schloss er sich der KPD an und übernahm die Leitung des neugegründeten Kampfbundes gegen den Faschismus. Schon 1933 wurde er zweimal verhaftet. Am 1. September 1939 wurde er ins KZ Buchenwald gesperrt. Ab 1942 begannen Häftlinge mit dem Aufbau der illegalen Militär-Organisation der Häftlinge, die am 11. April 1945 das Lager befreite. Otto Roth war für die technische Truppe der IMO verantwortlich. Er gehörte zu den Gründungsmitgliedern der VVN und war ab 1958 bis zu seinem Tod Sekretär des Präsidiums der VVN.

› Artur Roth (1927 – 2017)

Arturs junges Leben war geprägt von Strapazen durch das Naziregime. Mit 17 Jahren wurde er noch 1944 zur Wehrmacht einberufen. Im September 1945 kamen Vater und Sohn endlich nach Hause. Für sie war klar: „Jetzt packen wir mit an und helfen ein Deutschland aus den Trümmern der Nazis aufzubauen, in dem weder Krieg noch Faschismus Platz haben und kein Mensch mehr Angst haben braucht“. Im „Kalten Krieg“ mit Wiederbewaffnung und Antikommunismus wurde Artur wegen seiner Aktivitäten in der Deutsch-Sowjetischen Freundschaftsgesellschaft zu mehreren Monaten Gefängnis verurteilt. Artur wirkte bis zu seinem Tode im Studienkreis Deutscher Widerstand mit.



Der rassistische NSU-Mord an Halit Yozgat 2006 in Kassel, die Ermordung des Regierungspräsidenten Walter Lübcke (2. 6. 2019), die NPD-Ortsbürgermeisterwahl in Altenstadt (5. 9. 2019) sowie die Terrormorde an neun jungen Leuten aus migrantischen Familien in Hanau (19. 2. 2020) sind tödliche Fanale für ganz Hessen.

Rassistische Sprüche, antisemitische Hetze oder rechte Parolen – diskriminierende Einstellungen und Handlungen sind weit verbreitet und machen vor Schulen, Betrieben und Vereinen nicht halt. Massive Erschütterungen durch die Corona-Pandemie, Angst vor Armut, Arbeitslosigkeit sowie Unsicherheit fördern rassistische Denkweisen und setzen die Gesellschaft unter Druck.

Ausgrenzung und Diskriminierung gehen gar nicht! Deshalb bleiben die NaturFreunde Hessen und die NaturFreundejugend stark gegen rassistische Vorurteile, antisemitische Hetze, gegen Rechts und nationalistische Denke.

Leitbild ist die Erinnerung an die nationalistische Verbotspolitik gegenüber der Arbeiterbewegung im Kaiserreich vor 1918, an Tod und Leid in zwei deutschen Weltkriegen, der politische und antisemitische Terror im Nationalsozialismus bis hin zum Holocaust. Wir beklagen die Zerschlagung der NaturFreundegruppen, die Enteignung der NaturFreundehäuser und die Verfolgung und Ermordung der Nazi-Gegner:innen. Wir erinnern an die NaturFreundinnen Johanna Kirchner und Lore Wolf aus Frankfurt und an den Natur-



Sportkreis Frankfurt

Der Sportkreis Frankfurt am Main e.V. ist seit 75 Jahren die einheitliche Interessenvertretung des organisierten Sports in Frankfurt mit 265.000 Mitgliedschaften in 420 Vereinen. Die hohen Ziele und anspruchsvollen Grundsätze der Gründer gelten noch heute. Sport soll sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren, zu ihrem Wohlbefinden und zu einem guten Miteinander beitragen. Das gilt sowohl für den Breiten- als auch den Spitzensport und ist heute so aktuell

NaturFreund:innen Aktiv gegen Rechts- extremismus

Freund Georg Elser mit dem Attentat auf Hitler am 8. 11. 1939. Wir beklagen die Kriegsleiden und die Toten in ganz Europa bis zum Befreiungstag am 8. Mai 1945.

AfD: Keine Alternative für Deutschland

Die AfD versucht einzuschüchtern, zu diskreditieren, zu denunzieren, vorzuführen und unter Druck zu setzen. Sie fördert den Hass. AfD-Politiker wollen Menschen in andere Länder „entsorgen“, Angela Merkel „jagen“ oder „erlegen“, oder Journalist:innen an die Wand stellen.

In parlamentarischen Anfragen richtet die AfD feindliche Blicke auf die sozial-kulturelle Arbeit der SJD-Die Falken, der Arbeiterwohlfahrt, der VVN-BdA, des Arbeiter-Samariter-Bundes oder der NaturFreunde und stellt die Förderung durch Ministerien oder die steuerrechtliche Gemeinnützigkeit in Frage.

Die NaturFreunde engagieren sich für die Stärkung der Demokratie. Sie arbeiten in landesweiten, regionalen und lokalen Bündnissen wie Aufstehen gegen Rassismus und Bunt statt Braun gegen Rechtsextremismus und nationalistische Bewegungen und für Respekt, gegen Rassismus.

Die Kommunalwahl am 14. März 2021 bietet gute Chancen, der Spaltung unserer Gesellschaft entgegen zu treten. ■

Dr. Manfred Wittmeier,
Landesvorsitzender NaturFreunde Hessen

Internationalität, Vielfalt und Teilhabe aller Menschen

wie gestern. Unmittelbar nach dem Holocaust, dem Zweiten Weltkrieg ging es vor allem darum, Antifaschismus und Antirassismus zu stärken und der Jugend eine Zukunft zu geben. Wir, der organisierte Sport, wollen Demokratie ohne Faschismus, ohne Rassismus und Ausgrenzung. Der Sport steht für Internationalität, Vielfalt und Solidarität, für die Teilhabe aller Menschen. Sport ist bunt und vielfältig. ■

Roland Frischkorn,
Vorsitzender Sportkreis Frankfurt



Förderverein
KZ Katzbach / Adlerwerke,
Frankfurt am Main

Keine Stimme den rechten Parteien!

Das KZ Katzbach/Adlerwerke im Frankfurter Stadtteil Gallus wurde wegen fehlender Arbeitskräfte und zur Vernichtung durch Arbeit von den deutschen Faschisten eingerichtet. Die Betriebsleitung der Adlerwerke forderte im Frühjahr 1944 KZ-Häftlinge an. Auf dem Firmengelände entstand das KZ Katzbach. Die insgesamt ca. 1.600 Häftlinge dieses KZ, die meisten waren polnische Staatsbürger, wurden von der Werksleitung vor allem in den Konzentrationslagern Buchenwald und Dachau ausgesucht.

Im KZ Katzbach verhungerten die Menschen oder fielen, völlig geschwächt, Krankheiten zum Opfer. Fluchtversuche wurden mit öffentlicher Hinrichtung bestraft. Am 23. März 1945 stellte das Werk die Produktion ein. Am nächsten Tag wurden die letzten verbliebenen Häftlinge auf einen Todesmarsch nach Buchenwald geschickt. Von den rund 1.600 Häftlingen, die man in das Kon-

zentrationenlager Katzbach verschleppt hatte, erlebten nur etwa 50 das Kriegsende.

Es ist nicht nur eine Partei am rechten Rand, die die gesellschaftliche Polarisierung und den Anstieg des Rassismus vorantreibt und davon profitiert. Auch andere rechte Parteien sind rassistisch und völkisch-nationalistisch. Sie stehen für Islamfeindlichkeit, Antisemitismus und andere

Formen der Diskriminierung. Sie haben sich in den letzten Jahren radikalisiert, und radikalisieren sich weiter. Sie fordern eine „Minuszuwanderung“ und sprechen Muslimen das Recht auf freie Religionsausübung ab. Sie vertreten ein reaktionäres Familienbild und wollen Frauenrechte einschränken. Sie schüren Hass und Angst. So hat sich seit dem Aufstieg der Rechten die Zahl der rassistischen Angriffe mehr als verdoppelt.

Rechte Parteien, die Faschisten, Neofaschisten und Antisemiten in ihren Reihen dulden, sind nicht wählbar! Keine Stimme den rechten Parteien! ■

Horst Koch-Panzner,
Vorsitzender des Fördervereins zur Errichtung
einer Gedenk- und Bildungsstätte
KZ Katzbach in den Adlerwerken

<https://kz-katzbach-adlerwerke.de>

»Wer diese Partei
wählt,
macht sich
mitschuldig.«

Ralf Baitinger

Musiker, Sänger von
„Orange Box“ und
„Handkäs mit Orange“,
Kulturamtsleiter



Für mich als Musiker und Künstler mit einem offenen Weltbild ist es unerträglich, dass eine Partei wie die AfD in den letzten Jahren so viele Menschen dazu bewegen konnte, sie zu unterstützen, deren Parolen nachzuschreiben und in sozialen Netzwerken zu verbreiten.

Als Organisator der überparteilichen Aktion „Blues gegen Rechts“ sind Anfeindungen aus dem „Rechten Lager“ der AfD, denen ich immer wieder ausgesetzt bin, eine Bestätigung dafür, dass ich das Richtige tue. Sich öffentlich gegen rechts, gegen Rassisten, gegen die AfD zu stellen, hat nichts mit „linker Gegenbewegung“ zu tun, sondern schlicht mit Menschlichkeit und Anstand. Die AfD hat Hetze und Ausländerfeindlichkeit in unserem Land wieder salonfähig ge-

macht. Sie zeigt, wie weit man mittlerweile wieder gehen kann, ohne in die moralisch notwendigen Schranken gewiesen zu werden.

Zwar ist die AfD demokratisch gewählt, sie ist aber keine demokratische Partei. Im Gegenteil: Die AfD gefährdet unsere Demokratie! Wer diese Partei wählt, macht sich mitschuldig; wer sich dieser Partei nicht entgegenstellt, lässt es geschehen.

Aus diesem Grund kann der Gegenwind gegen diese neuen Nazis gar nicht stark genug sein.

Ich schließe mit einem Zitat von Kölner Musikkollegen:

„Arsch huh, Zäng ussenander.“ – „Arsch hoch, Zähne auseinander.“ ■

Kunst und Politik

Kann, soll, muss Kunst politisch sein? Diese Frage stellen wir Künstler uns häufig, gleich gefolgt von der Frage, ob (unsere) Kunst die Welt bessern



kann, besonders in Fragen von Krieg und Frieden. Die Skulptur „The

Knotted Gun“ oder auch „Non-Violence“ vor dem UNO-Gebäude in New York ist fraglos ein beeindruckendes Antikriegsdenkmal. Doch 2020 hatte die Rüstungsproduktion Hochkonjunktur. Da schrumpft eine „Knotted Gun“ auf Dekormaß.

Unsere Kunst verstehen wir nicht tagespolitisch. Wollte sie es sein, sie käme dem Geschäft nicht hinterher. Unsere Themen finden wir oft direkt vor der Haustür. Das kann z.B. das Gefallenendenkmal im Leonard-Eißnert-Park in Offenbach sein, das auf uns martialisch und aus der Zeit gefallen wirkt. Den Furor, mit dem im Sommer 2020 in den USA, in Belgien oder England, angestoßen durch die Black-Lives-Matter-Bewegung, Denkmäler von Kolonialisten, Sklavenhändlern und Rassisten vom Sockel gestürzt wurden, den Furor wünschten wir uns auch einmal hierzulande gegen deutsche Krieger- und Gefallenendenkmäler, von denen es noch circa 100.000 (!) gibt. Spätestens seit der Ausstellung zu den Verbrechen der deutschen Wehrmacht wissen auch nachfolgende Generationen, wer die Täter, wer die Opfer waren und dass das Kriegsziel millionenfache Vernichtung war. Kein Helden-Epos!

Freie Künstler:innen, die demokratische Gesellschaft sollten dem Aufklärendes entgegensetzen und sich dabei nicht von der neuen Rechten, die die Kultur inzwischen als Kampfplatz entdeckt hat, beeindrucken lassen, sondern sie abwählen! Kunst kann Dinge vorantreiben, wenn sie von demokratischen Entscheidungen unterstützt wird (z. B. Christos Reichtagsverhüllung). Sie kann Sichtweisen verändern, sie vermag zu einen. Dafür bedarf es manchmal eines gewissen Beharrungsvermögens. Das Leben wird vorwärts gelebt und rückwärts verstanden, sagt Kierkegaard. Wir stehen in der Verantwortung! Auch und gerade vor Ort.

Agnes Stockmann,
Jon Pahlow,
Offenbach/Frankfurt,
JA-ART
www.ja-art.de

»Sonntagsreden
müssen sich
gerade vor Ort
beweisen.«

Dr. Ulrich
Schneider

Bundessprecher
der VVN-BdA



Themen gerade auch für die Kommunalpolitik:

Neofaschismus und Rassismus

Oft erklären Politiker:innen der etablierten Parteien, diese Themen würden nicht in Kommunalparlamenten entschieden. Das ist zwar inhaltlich korrekt, aber politisch falsch. Gerade vor Ort müssen sich die Sonntagsreden aus Medien und Bundestag in ihrer Wirksamkeit beweisen.

Wenn die Ordnungsbehörden nicht in der Lage sind, Nazi-Provokationen gerichtsfest zu untersagen oder zu behindern, dann ist das nicht nur Schuld der Bundesgesetze, sondern auch des fehlenden politischen Willens der Verantwortli-

chen vor Ort. In Kassel mussten wir am 20. Juli 2019 erleben, dass der Oberbürgermeister anlässlich eines faschistischen Aufmarsches den gesamten öffentlichen Personennahverkehr einstellen ließ. Angeblich, um den Polizeieinsatz (geplant mit Wasserwerfern) zu ermöglichen. Für die Neonazis ließ er jedoch einen Bus der städtischen Verkehrsgesellschaft bereitstellen, der diese an ihren – durch Antifaschist:innen blockierten – Versammlungsort brachte. Hier zeigt sich, was kommunalpolitisch Verantwortliche bewegen können (oder eben nicht).

Rosemarie
Steffens

Sprecherin
der VVN-BdA Hessen



Social Media und Zeitung – beides muss sein!

Unsere Kommunalwahlzeitung „Demokratie wählen“ in der Hand zu halten und die Vielfalt der Beiträge im Überblick zu haben, das hat was! Auge und Geist schweifen über die unterschiedlichen Texte, bleiben bei interessanten Bildern hängen, erfreuen sich an dem gelungenen Layout. Man kann leicht noch mal nachlesen und vergleichen. Das geht zwar auch im Internet, aber nicht so gut. Den Überblick bekommt man doch leichter in der Zeitung.

Dafür können die sozialen Medien durch Aktualität punkten. Sie bringen die neuesten Statements, die noch nach dem Drucktermin der Zeitung erscheinen können, sie erreichen eine große Leserschaft und, nicht zu vergessen: Ihre große Stärke ist die Interaktivität. Was ist schon ein Leserbrief, der nach Tagen bei der Redaktion ankommt, verglichen mit 20.000 Likes innerhalb von Stunden?

Wir haben uns bewusst für beide Medienarten entschieden: Für die gute alte Zeitung, aber auch für den Internet- und Social-Media-Auftritt.

Vielleicht auch, weil wir die Hoffnung nicht aufgeben, das Papier-Produkt als echten Hingucker noch vor der Kommunalwahl am 14. März 2021 auf unseren Infoständen präsentieren zu können, wenn das Infektionsgeschehen das dann erlaubt.

Jedenfalls können wir unsere Zeitung an zentralen Orten wie Bibliotheken, Buchhandlungen und anderen Läden auslegen und in die Briefkästen unserer Nachbarn stecken, um Menschen zum Wählen anzuregen.

Wir bedanken uns herzlich bei allen, die durch die Vorstellung ihrer Organisation, ihres Vereins oder ihrer Initiative und durch tolle Fotos zu diesem Projekt beigetragen haben. Das stärkt unsere Zuversicht, im Kampf gegen rechts voranzukommen. ■

Zentral ist das Thema auch in der Abgrenzung gegen AfD- und NPD-Abgeordnete in den Kommunalparlamenten. Die skandalöse Wahl des NPD-Funktionärs Stefan Jagsch zum Ortsvorsteher in Waldsiedlung, Altenstadt (Wetterau) macht deutlich, wozu es führt, wenn die politische Trennungslinie nicht eingehalten wird. Dann ist es auch nicht mehr weit bis zur Zustimmung für rassistisch legitimierte Anträge der AfD, die doch „nur“ Hilfgelder für ältere Menschen – vorausgesetzt sie sind keine Flüchtlinge – verteilen wollen.

Hier haben außerparlamentarische Initiativen, Bündnisse gegen Rechts oder „Bunt statt braun“ die Aufgabe, demokratische und antifaschistische Parlamentsparteien nicht nur am Wahltag zu unterstützen, sondern auch danach zu kontrollieren, dass der politische „Cordon Sanitaire“ um die Vertreter der extremen Rechten – wenn sie denn ins Parlament gewählt wurden – erhalten bleibt. Null Toleranz gegenüber Neonazis und Rassist:innen. Auch in Kommunalparlamenten. ■

Impressum

Herausgeber: Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, Landesvereinigung Hessen e.V. (VVN-BdA), <https://demokratie-waehlen.de>

Verantwortliche Redakteure:

Rosemarie Steffens und Norbert Birkwald

Endredaktion: Valentin Zill

Redaktion, Fotos, Logos: Wir danken den Autorinnen und Autoren für ihre Beiträge, Statements, Fotos und Logos. Dank ihres Engagements ist die Zeitung *Demokratie wählen!* möglich.

Layout: Hans-Peter Köhler

Digitale Produkte: GOSOCIAL digitale Kommunikation, <https://gosocial.de>

Druck: A. Beig Druckerei und Verlag GmbH & Co. KG, Damm 9–19, 25421 Pinneberg, <http://www.a-beig.de>

Anschrift für Herausgeber, Redaktion und Leserbriefe: VVN-BdA Hessen, Eckenheimer Landstraße 93, 60318 Frankfurt, hessen@vvn-bda.de

Nachdruck: Über eine Weiterverbreitung von *Demokratie wählen!* freuen wir uns. Wir bitten um Belegexemplare oder den Link, über den *Demokratie wählen!* geteilt wird.

Konto: VVN-BdA Landesvereinigung Hessen, Postbank, IBAN: DE86 5001 0060 0049 3306 02
Verwendungszweck: „Spende Demokratie wählen“
Mind. 30% Recycling-Papier-Anteil im Papier